II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

EMPFEHLUNG DES RATES

vom 19. Juni 2000

betreffend die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft

(2000/517/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 99 Absatz 2,

auf Empfehlung der Kommission,

eingedenk der Ergebnisse der Aussprache des Europäischen Rates auf dessen Tagung vom 19. Juni in Santa Maria da Feira,

in der Erwägung, dass das Europäische Parlament eine Entschließung zur Empfehlung der Kommission verabschiedet hat —

EMPFIEHLT:

I. ALLGEMEINE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LEITLINIEN

1 EINFÜHRUNG

Die Globalisierung und die Perspektive einer neuen wissensbasierten Wirtschaft eröffnen der Europäischen Union und ihren Bürgern bemerkenswerte Möglichkeiten. Damit diese Möglichkeiten genutzt werden, muss der aktuelle Wandel in der Europäischen Wirtschaft beschleunigt werden. Die vorliegenden Grundzüge der Wirtschaftspolitik bauen entsprechend auf der bestehenden Strategie auf, weiten diese aus und verleihen den Schlussfolgerungen des Lissabonner Gipfels operationellen Inhalt. Sie konzentrieren sich insbesondere auf die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Strukturpolitiken und auf die Reformen zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstumspotentials, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts sowie auf den Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft. Die betreffenden Themen werden im Rahmen des Cardiff- und des Luxemburg-Prozesses eingehender behandelt werden.

Die Grundzüge der Wirtschaftspolitik

Nach dem EG-Vertrag sollen die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik so ausrichten, dass sie im Rahmen der wirtschaftspolitischen Grundzüge zur Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union beiträgt (Artikel 98). Der EG-Vertrag schreibt außerdem vor, dass die Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse betrachten und sie im Rat koordinieren (Artikel 99). Zu diesem Zweck hat der Rat seit Beginn von Stufe 2 der Wirtschafts- und Währungsunion alljährlich auf Grundlage einer Empfehlung der Kommission die Grundzüge der Wirtschaftspolitik verabschiedet. Im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozesses bilden sie den Rahmen für die Bestimmung der allgemeinen politischen Ziele und Orientierungen für die Mitgliedstaaten und die Europäische Union. Angesichts des Berichtes des Rates über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik, der vom Europäischen Rat von Helsinki angenommen wurde, und nach der Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon zum Thema „Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt“, in dem der Europäische Rat beschloss, dass er alljährlich im Frühjahr eine Tagung über Wirtschafts- und Sozialfragen abhalten will, nehmen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik noch größere Bedeutung an.

Damit der Europäische Rat auf seiner jährlichen Frühjahrstagung rechtzeitig konkrete politische Leitlinien festlegen kann und damit gewährleistet ist, dass der Rat (ECOFIN) auf die Arbeit des Rates in anderen Zusammensetzungen zurückgreifen kann, werden die Vorarbeiten zur Erstellung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik neu gestaltet.

Ab diesem Jahr werden die Grundzüge der Wirtschaftspolitik dem Rat in anderen zuständigen Zusammensetzungen übermittelt, damit er die Verantwortung für die Umsetzung in den jeweiligen Bereichen übernimmt. Gleichzeitig wird der Rat in diesen verschiedenen Zusammensetzungen aufgefordert, seine Arbeit im Hinblick auf die Ausarbeitung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik für das kommende Jahr fortzusetzen und die verschiedenen Beiträge bis Ende Januar des folgenden Jahres zur Verfügung zu stellen.

Die Kommission bereitet im Lichte dieser Arbeit und unter anderem auf der Grundlage der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme, des gemeinsamen Beschäftigungsberichts und der Cardiff-Berichte wie auch ihrer eigenen Bewertung der Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (ECOFIN) vor, die vor der jährlichen Frühjahrstagung des Europäischen Rates stattfindet.

Der Rat (ECOFIN) verfasst auf dieser Grundlage ein Dokument, in dem die wichtigsten Punkte dargelegt sind, auf die sich der Europäische Rat in dem Teil der jährlichen Frühjahrstagung, der sich unmittelbar auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik bezieht, konzentrieren sollte.

Auf der Grundlage einer Empfehlung der Kommission verfasst der Rat (ECOFIN) im Lichte der Prioritäten, die vom Europäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung festgelegt werden, sowie etwaiger Bemerkungen des Rates in anderen Zusammensetzungen zu der Empfehlung der Kommission einen Entwurf der Grundzüge der Wirtschaftspolitik, der dem Europäischen Rat auf seiner Juni-Tagung als Grundlage für die Beratungen über seine Schlussfolgerungen dient. Der Rat (ECOFIN) nimmt anschließend gemäß den Bestimmungen des Vertrags die Grundzüge der Wirtschaftspolitik an.

Alle Mitgliedstaaten stehen weitgehend vor den gleichen Herausforderungen und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten. Daher gelten die in Abschnitt 3 aufgeführten allgemeinen Empfehlungen auch für alle. Gleichzeitig gibt es aber Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf Wirtschaftsleistung und Wirtschaftsaussichten sowie Strukturen und Institutionen. Dies bedeutet, dass im Rahmen der Gesamtstrategie die wirtschaftspolitischen Prioritäten zwischen den Mitgliedstaaten etwas voneinander abweichen. Davon handelt Teil II, in dem länderspezifische Leitlinien der Wirtschaftspolitik aufgeführt werden. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die länderspezifischen Leitlinien, soweit sie die Arbeitsmärkte betreffen, die beschäftigungspolitischen Leitlinien für das Jahr 2000 ergänzen und die Umsetzung der revidierten nationalen Aktionspläne untermauern. Diese Pläne sind nun von den Mitgliedstaaten vorgelegt worden und sollen in dem gemeinsamen Beschäftigungsbericht im Zusammenhang mit dem nächsten Beschäftigungspaket weiter bewertet werden.

Die Teilnahme an der Euro-Zone bringt die Notwendigkeit einer verstärkten Koordinierung der Politiken mit sich. Zu diesem Zweck werden die Minister der Mitgliedstaaten der Euro-Zone weiterhin zu informellen Treffen in der Euro-11-Gruppe zusammenkommen, und zwar unbeschadet der vom Rat (ECOFIN) im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Koordinierungs- und Entscheidungsprozesses wahrgenommenen Aufgabe. Die Euro-11-Gruppe erörtert eingehend Fragen von gemeinsamem Interesse im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Luxemburg. Hierbei richtet sie ihr Augenmerk u. a. auf Fragen wie die Entwicklung des Euro-Wechselkurses, die Leistungsbilanz, Kapitalmarktentwicklungen sowie Konjunkturlage und Ausrichtung der Haushaltspolitik der Teilnehmer-Mitgliedstaaten.

Die Euro-11-Gruppe wird die kontinuierliche Überwachung der Haushaltsentwicklungen und -politiken der Mitgliedstaaten, die an der Euro-Zone teilnehmen, fortführen und, soweit angebracht, verstärken. Diese kontinuierliche Überwachung wird Diskussionen fördern, durch die sichergestellt werden soll, dass die Steuerpolitiken mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik oder den im Vertrag genannten Kriterien in Einklang stehen. In außenwirtschaftlichen Fragen, die in ihre Zuständigkeit fallen, wird die Euro-11-Gruppe weiterhin im Rahmen internationaler Foren gemeinsame Standpunkte der Eurozone formulieren. Sie misst auch einem produktiven Dialog mit der Europäischen Zentralbank, die regelmäßig auf Tagungen vertreten ist, besondere Bedeutung bei. Auf der Erfahrung der vergangenen zwei Jahre aufbauend, arbeitet die Euro-11-Gruppe weiterhin an der Entwicklung und Festigung einer gemeinsamen Sprache — gegebenenfalls nach Vorarbeiten des Wirtschafts- und Finanzausschusses — und untereinander vereinbarter Standpunkte, um auf diese Weise eine kohärente Meinungsäußerung in Fragen von gemeinsamem Interesse sicherzustellen.

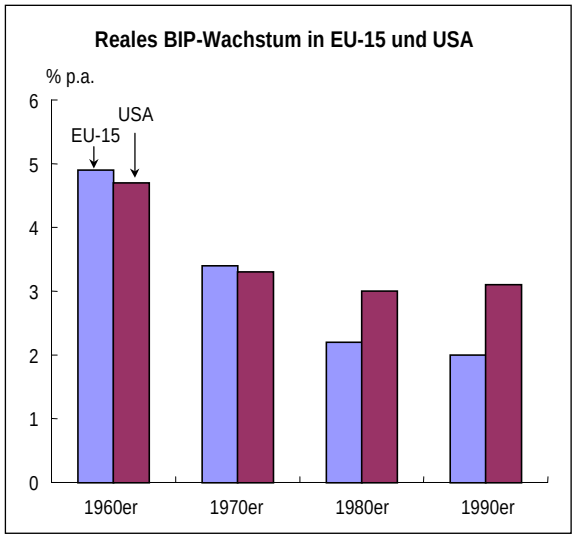
2 WICHTIGSTE PRIORITÄTEN UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ERFORDERNISSE

2.1 *Die EU-Wirtschaft zu Beginn des neuen Jahrtausends*

Hintergrund für die wirtschaftspolitischen Grundzüge 2000 sind die Wirtschaftslage und die Wirtschaftsaussichten, wie sie in den Wirtschaftsvorausschätzungen der Kommissionsdienststellen vom Frühjahr 2000 skizziert werden. Der Rat hat sich zudem auf die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen des Berichts der Kommission über die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Grundzüge von 1999 gestützt. Das Fazit dieses Berichts lautete, dass die Bilanz der Umsetzung der Grundzüge von 1999 insgesamt ermutigend ist. Die makroökonomischen Politiken waren insgesamt angemessen. Die Reformfortschritte auf den Arbeitsmärkten sind jedoch gemischt: Während in vielen Mitgliedstaaten Politiken der Aktivierung und Vorbeugung verfolgt wurden, sind beschäftigungsbehindernde Elemente in den Steuer- und Sozialleistungssystemen nur in wenigen Mitgliedstaaten in Angriff genommen worden. Zudem sollten rigide Kündigungsschutzvorschriften energischer überprüft werden, um Wege zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu finden. Was die Wirtschaftsreformen betrifft, so sind Fortschritte am deutlichsten bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und bei der Liberalisierung der Märkte für Telekommunikation und Elektrizität sichtbar. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Indikatoren für die Strukturleistung, deren Erarbeitung auf der Tagung in Lissabon beschlossen wurde und die Ende dieses Jahres verfügbar sein werden, dazu beitragen werden, die Wirtschaftsreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu beschleunigen. Auch bei der Eindämmung der staatlichen Beihilfen und der Entwicklung der Risikokapitalmärkte wurden gewisse, wenn auch unzureichende Fortschritte gemacht. Dagegen waren die Fortschritte in verschiedenen anderen Bereichen nur gering, so auch bei der Durchsetzung der Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen sowie bei der Förderung von FuE und Innovation.

Das Erbe der 90er Jahre — Während des letzten Jahrzehnts hat die Europäische Union ihre Wirtschaftsintegration erheblich verstärkt und einen soliden Rahmen für die Wirtschaftspolitik geschaffen. Das Funktionieren des Binnenmarktes ist weiter verbessert worden, und einige Branchen, die früher übermäßig reguliert waren, werden nun liberalisiert und den Wettbewerbskräften ausgesetzt. Eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, die von einer verbesserten Haushaltspolitik und angemessenen Lohnentwicklung unterstützt wird, ist auf den Weg gebracht worden. Der Euro wurde erfolgreich eingeführt. Zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik wurde ein umfassendes Rahmenwerk geschaffen, dem im letzten Jahr der Beschäftigungspakt, der einen makroökonomischen Dialog umfasst, hinzugefügt wurde.

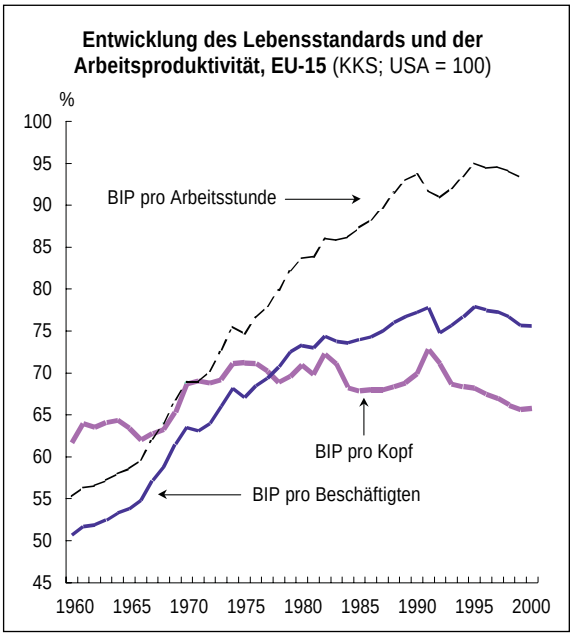
Trotz dieser Erfolge waren die wirtschaftlichen Ergebnisse der Europäischen Union in den 90er Jahren sowohl im Vergleich zu früheren Jahren als auch zu den Vereinigten Staaten enttäuschend.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Das Wirtschaftswachstum war relativ schwach, unter dem Strich entstanden keine zusätzlichen Arbeitsplätze, und die gegenwärtige Arbeitslosenquote ist immer noch höher als zu Beginn des Jahrzehnts. Der Lebensstandard in der EU ist im Durchschnitt um etwa 35 % niedriger als in den Vereinigten Staaten, obgleich sich die Produktion je Arbeitsstunde nach einem Aufholprozess, der vier Jahrzehnte dauerte, nahezu dem US-Niveau angenähert hat. Der große Abstand im Pro-Kopf-Einkommen kann zum Teil den niedrigen und stagnierenden Erwerbsbeteiligungs- und Erwerbstätigenquoten zugeschrieben werden. Hinzu kommt, dass sich die realen Investitionen in der EU in den 90er Jahren kaum erhöht haben, so dass die Investitionen in Relation zum BIP weiter gesunken sind, während sich die realen Investitionen in den Vereinigten Staaten nahezu verdoppelt haben.

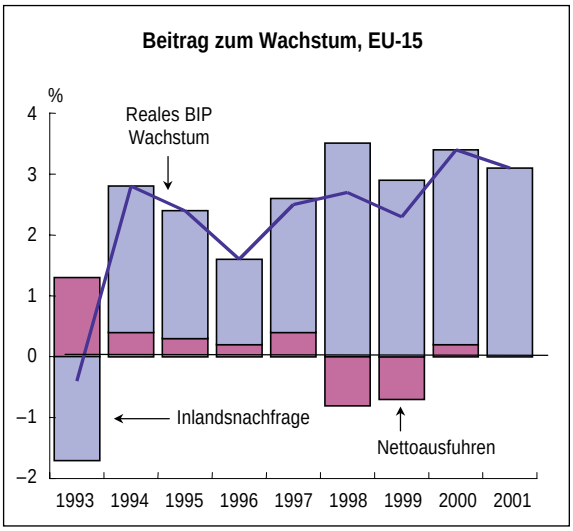
Die Tatsache, dass sich die Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht in deutlicheren wirtschaftlichen Erfolgen niederschlägt, zeigt, wie gravierend die makroökonomischen Ungleichgewichte und strukturellen Rigiditäten zu Beginn des vorigen Jahrzehnts waren. Zum Teil spiegelt dies auch den späten Beginn von Wirtschaftsreformen in vielen Mitgliedstaaten und die Tatsache wider, dass es einige Zeit braucht, bevor ein angemessener Policy-mix allmählich Wirkung zeigt. In diesem Zusammenhang ist auch festzustellen, dass manche Mitgliedstaaten im letzten Jahrzehnt eindrucksvolle wirtschaftliche Ergebnisse vorzuweisen hatten. Wenngleich sie ebenfalls durch die Rezession Anfang der 90er Jahre in Mitleidenschaft gezogen wurden, konnten sie doch anschließend kräftige Aufschwünge verzeichnen, die die Arbeitslosigkeit erheblich und in manchen Fällen auf einen Stand zurückgeführt haben, der seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr erreicht wurde. Zwar haben hierbei auch länderspezifische Faktoren eine Rolle gespielt, doch war allen diesen Ländern gemeinsam, dass eine rasche makroökonomische Anpassung Hand in Hand ging mit einem umfassenden Strukturreformpaket, und dass diese sich wechselseitig verstärkende Strategie entschlossen umgesetzt wurde.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Gute Wachstumsaussichten — Seit dem Frühsommer 1999, als die letztjährigen wirtschaftspolitischen Grundzüge beschlossen wurden, hat sich in der Europäischen Union ein zunehmend robuster Wirtschaftsaufschwung auf breiter Basis vollzogen. Er ist zum Teil auf den Einfluss eines günstigen Umfelds zurückzuführen. Er ist aber auch — und dies ist noch wichtiger — das Ergebnis einer vernünftigen makroökonomischen Politik, die in zunehmendem Maße durch die strukturpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt wird. Dieser Prozess muss aktiv fortgeführt werden. Unter diesen Voraussetzungen und wenn — wie erwartet — weiterhin eine angemessene Lohnentwicklung gewahrt wird, dürfte eine nichtinflationäre jährliche Wachstumsrate von rund 3 Prozent pro Jahr für die EU als Ganzes eine realistische Aussicht für die kommenden Jahre darstellen. Gefahren für die Preisstabilität müssen jedoch aufmerksam überwacht werden.

Das Wirtschaftswachstum ist beschäftigungsintensiver geworden, vor allem aufgrund der Verlagerung der Nachfrage zu den arbeitsintensiveren Dienstleistungssektoren und der Anstrengungen zur Vergrößerung des effektiven Arbeitskräfteangebots. Dank günstiger makroökonomischer Bedingungen und dank Strukturmaßnahmen auf den Arbeitsmärkten wird erwartet, dass sich das Beschäftigungswachstum in zügigem Tempo fortsetzen und für einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit sorgen wird.

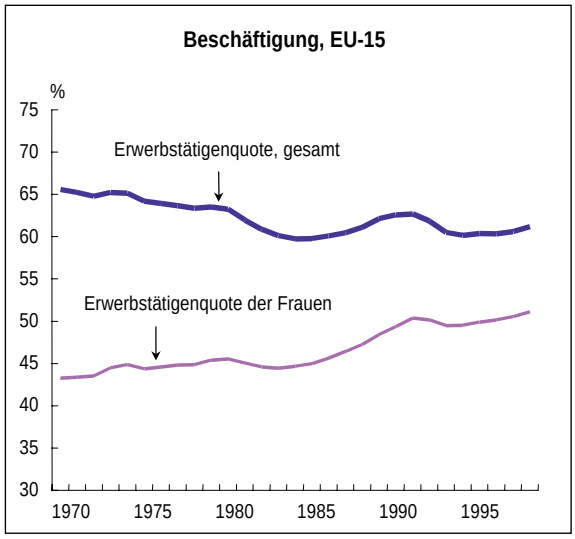


Quelle: Kommissionsdienststellen.

2.2 *Zentrale Herausforderungen*

Auf diesen soliden Grundlagen stehen die politischen Akteure in Europa in den nächsten Jahren und darüber hinaus vor neuen Herausforderungen und Chancen. Die zentralen Herausforderungen sind die Rückkehr zu Vollbeschäftigung, der Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft, die Bewältigung der Folgen, die sich aus der raschen Alterung der Bevölkerung ergeben, und die Verstärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Herausforderungen stellen sich allen Mitgliedstaaten, aber nicht überall mit der gleichen Intensität, und die Mitgliedstaaten haben sich auch in recht unterschiedlichem Maße darauf vorbereitet.

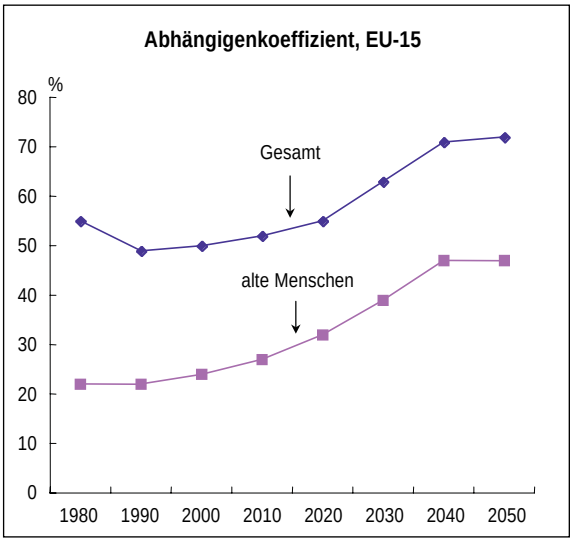
Rückkehr zu Vollbeschäftigung — Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor zu hoch. Auch wenn sie schrittweise zurückgegangen ist, liegt sie immer noch bei etwa 9 % der Erwerbspersonen der EU — bei einer in den meisten Mitgliedstaaten noch verbleibenden großen Diskrepanz zwischen den Geschlechtern. Überdies sind die Erwerbstätigen- und Erwerbsbeteiligungsquoten in der Europäischen Union niedrig, insbesondere diejenigen von Frauen und älteren Arbeitskräften in einer großen Zahl von Ländern. Das derzeitige Ausmaß der Nicht-Beschäftigung verursacht hohe wirtschaftliche und soziale Kosten. Lösungsansätze für diese Probleme implizieren insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen und eine größere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte. Wie auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon hervorgehoben, besteht das übergeordnete Ziel darin, in der EU als Ganzes die Erwerbstätigenquote von heute durchschnittlich 61 % bis 2010 möglichst nah an 70 % heranzuführen und die Beschäftigung von Frauen von heute durchschnittlich 51 % bis 2010 auf über 60 % anzuheben. Außerdem hat der Europäische Rat auf seiner Sondertagung in Lissabon die Mitgliedstaaten aufgefordert, über einzelstaatliche Ziele für höhere Beschäftigungszahlen nachzudenken. Sollten diese Ziele auf mittlere bis längere Sicht erreicht werden, so trüge dies nicht nur dazu bei, die Wirtschaft der EU auf einen dauerhaft höheren Wachstumspfad zu bringen, sondern würde auch die öffentlichen Finanzen und die Sozialversicherungssysteme der Mitgliedstaaten erheblich entlasten und dabei helfen, die soziale Ausgrenzung wirkungsvoll zu bekämpfen.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Förderung einer wissensbasierten Wirtschaft — Innovation und die Aneignung von Wissen werden mehr und mehr zur treibenden Kraft für Wettbewerbsfähigkeit, Produktivität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Lebensstandard. Sowohl in puncto Innovationskapazität als auch bei der Produktion und Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien muss die Europäische Union die Vereinigten Staaten einholen. Überdies besteht ein ernster Mangel an bestimmten Fachkräften, vor allem in den naturwissenschaftlichen und Ingenieurberufen, und es fehlen bei vielen Arbeitnehmern grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten in den Informations- und Kommunikationstechnologien sowie das für die Informationsgesellschaft notwendige Expertenwissen. Wenn man sich diesen Herausforderungen stellen will, sind daher verstärkte öffentliche und private Investitionen im Bereich der Humanressourcen, eine Modernisierung des Kapitalstocks, eine weitere Liberalisierung und Strukturreformen erforderlich, die zur Anpassung der Wirtschaftsstrukturen, zu wettbewerbsfähigeren Märkten, größerer Flexibilität bei der Ressourcenallokation zwischen den einzelnen Sektoren, Unternehmen und Berufen sowie zu einer besseren Abstimmung zwischen Qualifikationen und Arbeitsplätzen führen werden.

Für die Bevölkerungsalterung Vorsorge treffen — Auf der Grundlage der derzeitigen demographischen Trends wird der Anteil der älteren, nicht erwerbstätigen Personen in der EU nach 2010 wesentlich zunehmen und die Zahl der Erwerbspersonen abnehmen. Abgesehen von den möglicherweise erheblichen Auswirkungen auf die Höhe der volkswirtschaftlichen Ersparnis hat bei unveränderten restlichen Parametern ein Anstieg des Abhängigenquotienten beträchtliche Folgen für den Beitrag der Arbeit zum Wirtschaftswachstum und für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Ein steigender Abhängigenquotient wird zu geringerem Wirtschaftswachstum führen, wenn er nicht durch eine höhere Beschäftigungsquote und eine nachhaltige Steigerung der Faktorproduktivität ausgeglichen wird. Betrachtet man die budgetären Auswirkungen der Bevölkerungsalterung, so dürften die Ausgaben für öffentliche Renten- und Gesundheitsfürsorgesysteme stark anwachsen, wenn die Politik nicht geändert wird. Zur Bewältigung dieses Problems werden die Mitgliedstaaten umfassende Strategien entwickeln müssen, die Maßnahmen zur Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, eine Reform der Renten- und Gesundheitsfürsorgesysteme sowie Maßnahmen zur Förderung einer höheren Erwerbsbeteiligung, insbesondere älterer Arbeitskräfte, einschließen. In Kenntnis dieser Herausforderung hat der Europäische Rat von Lissabon eine stärkere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des sozialen Schutzes unter besonderer Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Rentensysteme gefordert und zwar aus einer langfristigen Perspektive.



Gesamter Abhängigenkoeffizient: Verhältnis der Bevölkerung in der Altersgruppe zwischen 0-14 und über 65 Jahre zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15-64 Jahre.
Altersabhängigenkoeffizient: Verhältnis der Bevölkerung in der Altersgruppe über 65 Jahre zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15-64 Jahre.
Quelle: Kommissionsdienststellen.

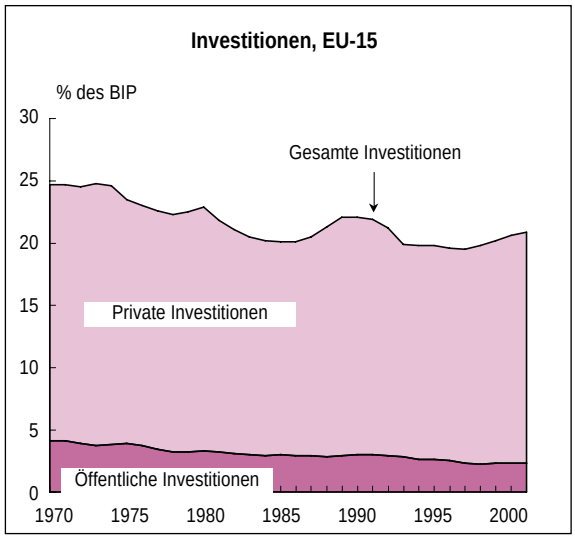
Den sozialen Zusammenhalt verbessern — Wenngleich sich die Bürger der Europäischen Union im Durchschnitt eines hohen Lebensstandards und einer hohen sozialen Absicherung erfreuen, gibt es doch immer noch eine Fülle von Beispielen für soziale Ausgrenzung. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor die Hauptursache sozialer Ausgrenzung in der EU. Ausgrenzung ist vor allem auf den hohen Anteil von Langzeitarbeitslosigkeit sowie darauf zurückzuführen, dass sich die Arbeitslosigkeit stark auf bestimmte Regionen oder Gemeinden oder aber bestimmte Gesellschaftsgruppen oder Kategorien von Arbeitskräften konzentriert. Obwohl soziale Integration mehr beinhaltet als Arbeitsmarktfragen, ist ein Arbeitsplatz der beste Schutz gegen soziale Ausgrenzung. Der beste Beitrag der Wirtschaftspolitik zur sozialen Eingliederung besteht deshalb in der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für hohe Beschäftigung und geringe Arbeitslosigkeit.

Fortsetzung der Reformen im internationalen Kontext — In einer immer stärker integrierten Weltwirtschaft genügt es nicht, wenn die Europäische Union ihre eigenen Wirtschaftsreformen isoliert betrachtet — sie sollten nicht nur an Zielen innerhalb der EU ausgerichtet, sondern an den leistungsfähigsten Wirtschaften der Welt gemessen werden. Wenn den Mitgliedstaaten die Früchte eines verbesserten Rahmens für wirtschaftspolitische Maßnahmen zugute kommen sollen, muss eine entsprechende außenwirtschaftliche Politik verfolgt werden. Die Union sollte deshalb weiterhin eine gemeinsame Handelspolitik

betreiben, die offene, wettbewerbsfähige Märkte begünstigt, um größtmögliches Wachstum, Wohlstand und Stabilität zu erzielen. Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Öffnung für den internationalen Handel und internationale Investitionen einerseits und Wachstum andererseits. Als einer der größten Binnenmärkte der Welt kann die Union von einer weiteren Liberalisierung stark profitieren, wobei sie selbst bereit ist, im Rahmen der WTO-Verhandlungen zu diesem Prozess beizutragen.

2.3 *Weiterentwicklung der Strategie; Stärkung des Wachstumspotentials der EU-Wirtschaft*

Die Herausforderungen, die in der Rückkehr zur Vollbeschäftigung, Schaffung einer wissensbasierten Wirtschaft, Vorsorge für die Bevölkerungsalterung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts bestehen, sind auch auf internationaler Ebene miteinander verknüpft und müssen durch eine kohärente und umfassende, mittel- bis langfristig orientierte wirtschaftspolitische Strategie bewältigt werden. Wenngleich bei der Bewältigung der zentralen Aufgaben vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs bedeutende Fortschritte zu erwarten sind, wäre eine Steigerung des Produktionspotentials der EU-Wirtschaft doch ein wichtiger Faktor, um den Rhythmus des nichtinflationären Wachstums mittelfristig beizubehalten. Dazu ist außer makroökonomischer Stabilität und soliden, tragfähigen öffentlichen Finanzen die Schaffung von effizienten, integrierten und wettbewerbsfähigen Märkten erforderlich. Effiziente Märkte stärken die Möglichkeiten für Investitionen in Human- und Sachkapital, das für das Wachstum benötigt wird, beträchtlich und bilden die Grundlage für Innovation und Dynamik.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Diese wirtschaftspolitische Strategie sollte von allen politischen Akteuren entschlossen verfolgt werden, um zu einer ausgewogenen und umfassenden Kombination wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu gelangen, die die Voraussetzungen für Investitionen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Fähigkeit zu Innovation und Aneignung von Wissen und für eine stärkere soziale Integration wechselseitig verstärken. Die Eckpfeiler der Strategie, die im folgenden Abschnitt beschrieben werden, sind:

i) eine wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik sicherstellen;

ii) den laufenden Prozess der Haushaltskonsolidierung beschleunigen;

iii) Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern;

iv) eine angemessene Lohnentwicklung fördern;

v) eine wissensbasierte Wirtschaft entwickeln;

vi) effiziente Produktmärkte (Waren und Dienstleistungen) gewährleisten;

vii) die Kapitalmärkte durch weitere Integration und Vertiefung fördern;

viii) die Arbeitsmärkte stärken und

ix) eine nachhaltige Entwicklung sicherstellen.

3 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE EMPFEHLUNGEN

3.1 ***Wachstums- und stabilitätsorientierte makroökonomische Politik sicherstellen***

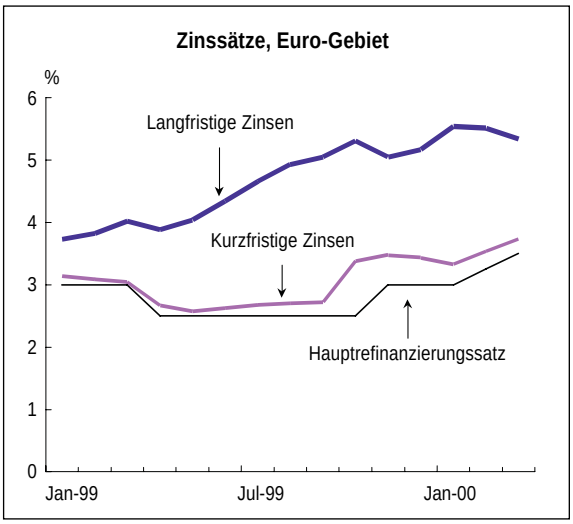
Das generelle Konzept der makroökonomischen Politik spielt bei der Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie bei der Wahrung der Preisstabilität eine zentrale Rolle. Auf kurze Sicht sollte es dafür sorgen, dass sich der derzeitige Aufschwung fortsetzt und dass das gegenwärtige Wachstumspotential in vollem Umfang ausgeschöpft wird. Auf mittlere Sicht sollte er zur Schaffung der Rahmenbedingungen beitragen, die Ersparnisse und Investitionen in angemessener Höhe sicherstellen, so dass sich die Wirtschaft auf einem tragfähigen, höheren und nichtinflationären Wachstums- und Beschäftigungspfad weiterbewegt.

Im Euro-Gebiet haben sich die wirtschaftlichen Bedingungen und Aussichten mit der Ausweitung und Verstärkung des Aufschwungs deutlich verbessert. Die wichtigste politische Herausforderung besteht nun darin sicherzustellen, dass der derzeitige Aufschwung in eine langanhaltende Phase starken Wirtschaftswachstums und steigender Beschäftigung übergeht. Ein geeigneter und spannungsfreier wirtschaftspolitischer Ansatz umfasst Folgendes:

i) eine Geldpolitik, die in Übereinstimmung mit dem Vertrag der Wahrung der Preisstabilität verpflichtet ist;

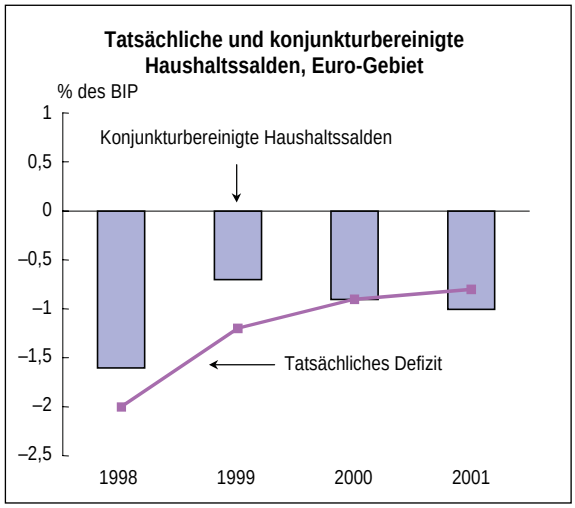
ii) anhaltende Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Beschleunigung der derzeitigen Haushaltskonsolidierung, um möglichst rasch einen ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss zu erreichen und auf mittlere Sicht zu wahren und die Staatsverschuldung zu senken;

iii) ein weiterhin verantwortungsvolles Verhalten der Sozialpartner, das eine mit Preisstabilität und der Schaffung von Arbeitsplätzen im Einklang stehende Lohnentwicklung unterstützt.



Quelle: Kommissionsdienststellen.

Die Mitgliedstaaten *außerhalb des Euro-Gebiets* sollten ebenfalls an einer soliden Geld- und Haushaltspolitik festhalten, um die Wechselkursverpflichtungen einzuhalten, soweit es sich um die beiden am WKM2 teilnehmenden Mitgliedstaaten (Dänemark und Griechenland) handelt oder um das Inflationsziel zu erfüllen und so die Voraussetzungen für stabile Wechselkurse zu schaffen, soweit es sich um die anderen beiden Mitgliedstaaten handelt (Schweden und Vereinigtes Königreich).



Quelle: Kommissionsdienststellen.

3.2 ***Beschleunigung des laufenden Prozesses der Haushaltskonsolidierung***

Ein solider Haushalt in Übereinstimmung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wird den erforderlichen Spielraum schaffen, damit die automatischen Stabilisatoren in vollem Umfang wirken können, ohne dass die Gefahr einer Überschreitung des Referenzwerts von 3 % des BIP für das Haushaltsdefizit besteht. Dies wird sich auch günstig auf die Zinssätze auswirken und dazu beitragen, die privaten Investitionen wieder zu steigern, den öffentlichen Schuldenstand im Verhältnis zum BIP weiter zurückzuführen und durch größere Glaubwürdigkeit der haushaltspolitischen Rahmenbedingungen der WWU das Vertrauen der Investoren zu stärken. Bei einem über der Potentialrate liegendem erwarteten Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung gilt es, eine prozyklische Haushaltspolitik zu vermeiden. Da die Haushaltsprognosen keine Verbesserung der konjunkturbereinigten Haushaltspositionen für die EU als Ganzes anzeigen, besteht Einvernehmen darüber, dass die Haushaltskonsolidierung beschleunigt werden muss. Wegen der sehr unterschiedlichen Wirtschafts- und Haushaltslage der Mitgliedstaaten müssen Ausmaß, Zeitpunkt und Tempo der weiteren Anpassungen auf die jeweiligen Umstände der einzelnen Staaten zugeschnitten sein. Im Allgemeinen werden die Mitgliedstaaten jedoch

i) die Verbesserung der Haushaltslage aufgrund des unerwartet günstigen Wirtschaftswachstums dazu nutzen, im Jahr 2000 Haushaltspositionen zu erreichen, die die in den aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen festgesetzten Ziele übertreffen; dies stimmt mit der letztjährigen Empfehlung überein, die Haushaltsanpassung ab 2000 verstärkt gleich zu Beginn der Programmlaufzeit vorzunehmen, was in den meisten Mitgliedstaaten möglich sein müsste, da die Ergebnisse des Jahres 1999 besser waren als veranschlagt;

ii) aufgrund des gleichbleibend starken Wachstums einen nahezu ausgeglichenen Haushalt oder einen Haushaltsüberschuss bereits früher erreichen, als in den aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen vorgesehen, und zwar im Regelfall im Jahre 2001, so dass eine ausreichende Sicherheitsmarge geschaffen wird, um die Auswirkungen ungünstiger Konjunkturschwankungen aufzufangen; und

iii) gegebenenfalls eine weitere Konsolidierung der öffentlichen Finanzen über das Mindestmaß hinaus fortsetzen, um die Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzuhalten und zusätzlichen Spielraum für eine Konjunkturstabilisierung zu gewinnen, unerwartete Haushaltsentwicklungen zu bewältigen, den Schuldenstand rascher zurückzuführen und Vorsorge für die mit der Bevölkerungsalterung zusammenhängenden Haushaltsbelastungen zu treffen.

Finanzierungsüberschuss (+) oder -defizit (−) des Gesamtstaates in den aktualisierten Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen

(% des BIP)

	Datum (1)	1999 (2)	2000 (*)	2001	2002	2003
Stabilitätsprogramme						
B	12/99	− 0,9	− 0,7	− 0,5	0,0	0,2
D	12/99 (3)	− 1,1	− 1,1	− 1,5	− 1,0	− 0,5
E	01/00	− 1,1	− 0,8	− 0,4	0,1	0,2
F (4)	01/00	− 1,8	− 1,5	− 1,2	− 0,7	− 0,3
IRL	12/99	2,0	1,6	2,5	2,6	n.a.
I	01/00	− 1,9	− 1,5	− 1,0	− 0,6	− 0,1
L	02/00	2,4	2,5	2,6	2,9	3,1
NL (5)	11/99	0,5	0,4	− 1,3/− 0,5	− 1,1/0,0	n.a.
A	03/00	− 2,0	− 1,7	− 1,5	− 1,4	− 1,3
P	02/00	− 2,0	− 1,5	− 1,1	− 0,7	− 0,3
FIN	09/99	2,3	3,7	4,2	4,6	4,7
EUR-11		− 1,2	− 1,1	− 1,0	− 0,6	− 0,2
Konvergenzprogramme						
DK	12/99	3,0	2,2	2,2	2,3	2,5
EL	12/99	− 1,6	− 1,2	− 0,2	0,2	n.a.
S	11/99	1,9	2,2	2,0	2,0	n.a.
UK (6)	12/99	1,2	0,2	0,2	− 0,1	− 0,4
EU-15		− 0,6	− 0,7	− 0,6	− 0,3	− 0,2

(*) EDP-Meldung der Mitgliedstaaten vom März 2000.
(1) Datum der Verabschiedung.
(2) Realisierter Wert.
(3) Ergänzung zum aktualisierten Stabilitätsprogramm vom Februar 2000.
(4) Günstiges Szenario; Projektion des vorsichtigen Szenarios: − 1,3, − 0,9 und − 0,5 % des BIP für die Jahre 2001 bis 2003.
(5) Vorsichtiges Szenario; das Programm beinhaltet auch ein zentrales und ein günstiges Szenario. Die Projektion für das letztere ist − ½ und 0 % des BIP für die Jahre 2001 und 2002.
(6) Realisierter Wert für 1999 auf Basis des Kalenderjahres. Das Programm basiert auf Daten für das Haushaltsjahr.

Quelle: Kommissionsdienststellen.

3.3 *Qualität und dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen verbessern*

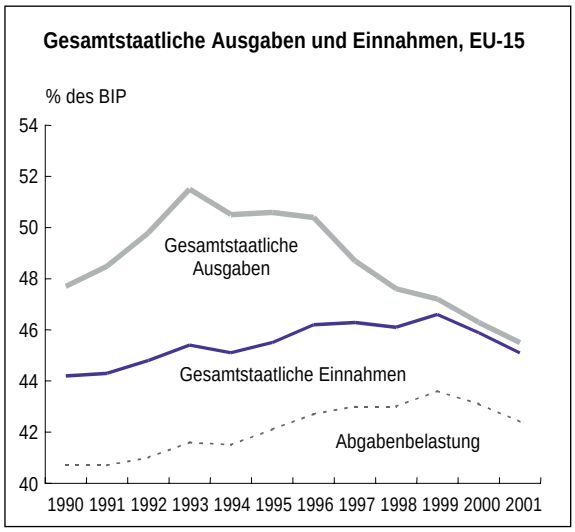
Die gegenwärtigen günstigen Wirtschaftsaussichten bieten die Gelegenheit zur Einleitung umfassender Reformen, die Ausgabenumschichtungen und Steuerentlastungen einschließen und gleichzeitig die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen voranbringen. Art und Qualität der Haushaltskonsolidierung tragen zum Wachstum der Beschäftigung bei und gewährleisten ein reibungsloses Funktionieren der WWU. Die öffentlichen Ausgaben müssen so umgeschichtet werden, dass Investitionen in materielle und immaterielle Aktiva unterstützt werden und damit das Wachstumspotential der Wirtschaft gestärkt wird; Steuerreformen zur Senkung der Abgabenbelastung und zur Beseitigung steuerlicher

Verzerrungen werden bei der Erhöhung des Wachstums- und Beschäftigungspotentials eine wesentliche Rolle spielen. Außerdem müssen die Steuersysteme die Herausforderungen bewältigen, die Wirtschaftsintegration und technischer Wandel mit sich bringen, dazu gehört auch, dass der schädliche Steuerwettbewerb bekämpft wird. Die Systeme der sozialen Sicherung müssen den wirtschaftlichen Wandel unterstützen und so angepasst werden, dass sichergestellt ist, dass sich Arbeit lohnt, dem Arbeitseinsatz entgegenstehende Hemmnisse beseitigt und in diesen Systemen qualitativ hochwertige Dienstleistungen erbracht werden. Gleichzeitig muss die Modernisierung des Wohlfahrtsstaates gewährleisten, dass der Strukturwandel nicht die bestehenden sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Armut verstärkt. Die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen muss mittel-und langfristig unter Berücksichtigung der demographischen und sonstigen langfristigen Strukturentwicklungen gesichert werden. Daher sollten die Mitgliedstaaten

i) die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen im Wesentlichen eher durch Ausgabenzurückhaltung als durch Abgabenerhöhungen verbessern;

ii) Regelungen und Institutionen einführen oder verstärken, die zur Ausgabenkontrolle beitragen. In diesem Zusammenhang könnte die Einführung von Ausgabenobergrenzen in Erwägung gezogen werden;

iii) die Staatsausgaben umschichten, um Investitionen in Sach- und Humankapital, FuE, Innovationen und Informationstechnologien ein größeres relatives Gewicht zu verleihen und damit eine deutliche jährliche Erhöhung der Pro-Kopf-Investitionen in die Humanressourcen sicherzustellen;



Quelle: Kommissionsdienststellen.

iv) die Sozialleistungssysteme so gestalten, dass sich Arbeit lohnt;

v) im Rahmen einer fortgesetzten Konsolidierung der öffentlichen Finanzen die Abgabenbelastung insbesondere für Geringverdienende reduzieren, um die Beschäftigung zu fördern;

vi) die Alterssicherungs- und Gesundheitsfürsorgesysteme umgehend überprüfen, um die Herausforderungen zu bewältigen, die eine alternde Bevölkerung für die Haushalte darstellt;

vii) Effizienz und Transparenz der Steuersysteme verbessern, insbesondere durch Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlage, Senkung der Steuersätze und Gewährleistung angemessener Steuererhebungsverfahren;

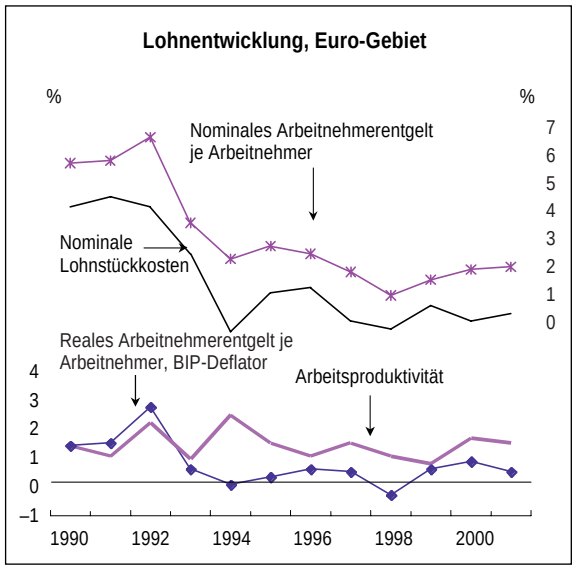
viii) Reformen des MwSt.-Systems einleiten mit Blick auf eine stärkere Vereinfachung und Modernisierung der bestehenden Regeln, eine einheitlichere Anwendung der geltenden Bestimmungen und eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsstellen; die Mitgliedstaaten sollten ferner die derzeitigen Diskussionen über die Besteuerung des elektronischen Handels abschließen, was zur Sicherstellung eines reibungslosen Funktionierens des Binnenmarktes beiträgt; und

ix) die Steuerkoordinierung fortsetzen, um schädlichen Steuerwettbewerb zu vermeiden; sie sollten außerdem zu einer Einigung über das Steuerpaket entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Helsinki vom Dezember 1999 gelangen.

Genauso wie die Mitgliedstaaten ist auch die Gemeinschaft aufgerufen, den Grundsatz der Haushaltsdisziplin zu beachten. Diese muss — wie auf der Tagung des Europäischen Rates 1999 in Berlin vereinbart — bei allen Rubriken der Finanziellen Vorausschau geübt werden, wobei die Interinstitutionelle Vereinbarung über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens einzuhalten ist; im Rahmen der Finanziellen Vorausschau sollte im Einklang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung eine bessere Verteilung der Gemeinschaftsmittel dazu genutzt werden, die ökonomische Wirkung des EU-Haushalts zu verstärken.

3.4 *Eine angemessene Lohnentwicklung fördern*

Die Entwicklung der Löhne in den Mitgliedstaaten sollte die unterschiedlichen Wirtschafts- und Beschäftigungssituationen widerspiegeln können. Die Regierungen können die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, die die Verhandlungen der Sozialpartner erleichtern. Damit die Lohnentwicklung zu einem beschäftigungsfreundlichen Policy-mix beitragen kann, sollten die Sozialpartner weiterhin verantwortungsbewusst handeln und in den Mitgliedstaaten Lohnabschlüsse tätigen, die mit den allgemeinen Prinzipien der Grundzüge der Wirtschaftspolitik in Einklang stehen. Dazu



Quelle: Kommissionsdienststellen.

i) müssen Nominallohnerhöhungen mit Preisstabilität vereinbar sein. Dies bedeutet auch, dass im Euro-Gebiet die Lohnerhöhungen insgesamt damit vereinbar sein sollten, dass der Preisanstieg in dem vom Preisstabilitätsziel der EZB gesetzten Rahmen gehalten werden kann;

ii) muss nachdrücklich auf die Bedeutung der Reallohnentwicklung für ein starkes Beschäftigungswachstum hingewiesen werden; ferner müssen Reallohnsteigerungen im Verhältnis zum Wachstum der Arbeitsproduktivität gefördert werden, die der Notwendigkeit Rechnung tragen, die Rentabilität kapazitätserweiternder und arbeitsplatzschaffender Investitionen erforderlichenfalls zu stärken und anschließend zu wahren. Dies bedeutet, dass in Ländern, in denen der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität nachlässt, nur ein eingeschränkter Spielraum für Reallohnerhöhungen zur Verfügung stehen wird. Insbesondere sollten Arbeitszeitverkürzungen keinen Anstieg der realen Lohnstückkosten bewirken. Soll die verbesserte Rentabilität zu höheren Investitionen in der Europäischen Union führen, so kommt es wesentlich darauf an, dass hinsichtlich Nachfrageentwicklung, Arbeitsmarktbedingungen, Abgaben und Regulierungen ein investitionsfreundliches Umfeld geschaffen wird;

iii) müssen die Tarifverhandlungssysteme sicherstellen, dass bei der Lohnfindung den Produktivitätsunterschieden Rechnung getragen wird (gemäß Fachkenntnissen, Qualifikation oder geographischem Gebiet) und

iv) müssen Strategien zur Verringerung von Lohnunterschieden zwischen Mann und Frau, die auf einer De-facto-Diskriminierung beruhen, fortgesetzt werden.

3.5 ***Eine wissensbasierte Wirtschaft entwickeln***

Die Europäische Union muss ihre Innovationsfähigkeit verbessern. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil ihrer Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung. Innovation und Verbreitung von Technologie werden jedoch nur von bescheidener Wirkung sein, wenn sie nicht Teil eines umfassenderen Reformprozesses auf den Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkten sind. Mehr Wettbewerb auf den Produkt- und Kapitalmärkten und gut funktionierende Finanzmärkte sind wesentliche Voraussetzungen für mehr Innovationen und eine bessere Verbreitung von Technologie. Die Mitgliedstaaten sollten daher

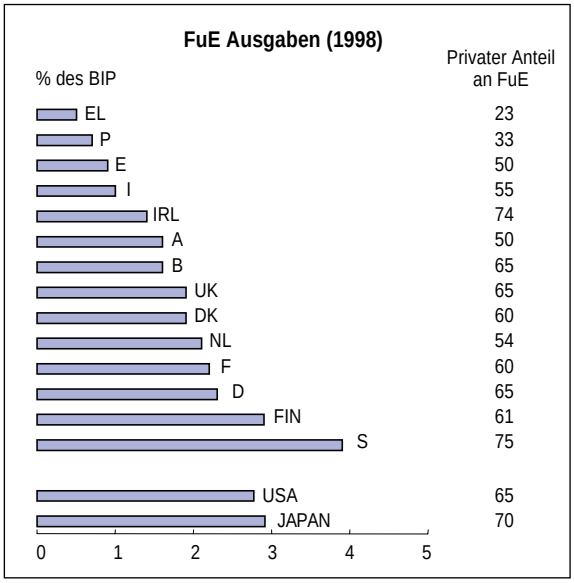
i) angemessene Rahmenbedingungen für eine stärkere Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung von FuE-Aufwendungen, FuE-Partnerschaften und spitzentechnologieorientierten Neugründungen bieten, zum Beispiel mittels der Steuerpolitik und durch eine Verbesserung der Funktionsweise der Risikokapitalmärkte;

ii) den Wettbewerb auf den Produkt- und Kapitalmärkten insbesondere durch Beseitigung von Marktzutritts- und -austrittsschranken fördern, um den Unternehmen stärkere Anreize zu Innovationen zu geben und die Verbreitung von Technologie und Information zu fördern;

iii) dafür sorgen, dass die Finanzierung der Grundlagenforschung, die Errichtung von führenden Wissenschaftszentren sowie Anreize für die Schaffung besserer Verbindungen zwischen Forschungsinstituten und Wirtschaft eine effiziente und angemessene öffentliche Unterstützung finden und dass Informationen verbreitet werden; die EG-Vorschriften über staatliche Beihilfen sind strikt anzuwenden;

iv) für einen kostengünstigen Internet-Zugang mit hoher Übertragungsgeschwindigkeit Sorge tragen;

v) Maßnahmen treffen, um die Zersplitterung und Abschottung von Anstrengungen in FuE zu reduzieren und die Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu intensivieren, um einen europäischen Raum der Forschung und Innovation zu schaffen; die Vernetzung von Forschungszentren sollte bis zum Jahr 2001 verbessert werden, und bis 2002 sollten Mobilitätshemmnisse für Forschungskräfte aus dem Weg geräumt werden; es sollte sichergestellt werden, dass auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission bis Ende 2001 ein EU-Patentsystem geschaffen wird; und



Die Daten beziehen sich auf den Anteil der vom privaten Sektor durchgeführten FuE.
Quelle: Kommissionsdienststellen und OECD.

vi) sowohl die privaten als auch die öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Maßnahmen verstärken, damit die Arbeitskräfte anpassungsfähiger werden und Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung aufgrund unzulänglicher Qualifikationen und Fertigkeiten vermieden werden; das Erwerben der in einer Informationsgesellschaft erforderlichen Fertigkeiten sollte lebenslang gefördert werden; Unternehmen, Arbeitnehmer und Bildungseinrichtungen sollten angehalten werden, am lebensbegleitenden Lernen teilzunehmen; die Zahl der 18- bis 24-Jährigen ohne höheren Schulabschluss, die keine Aus- oder

Fortbildung absolvieren, sollte bis zum Jahr 2010 halbiert werden; die Zahl der Wissenschaftler und Ingenieure sollte erhöht werden; die Verfügbarkeit von Internet und Multimedia-Material an allen Schulen sollten bis zum Jahresende 2001 und die erforderliche Qualifikation der Lehrkräfte bis Ende 2002 gewährleistet werden; Informationstechnologie sollte auf breiterer Basis in Schulen eingesetzt werden.

3.6 ***Effiziente Produktmärkte (Waren und Dienstleitungen) gewährleisten***

Gut funktionierende Produktmärkte sind wesentlich, damit die EU-Länder die Chancen, die die Einführung des Euro, die Globalisierung und die neuen Technologien bieten, in vollem Umfang nutzen können, und sie spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der beschäftigungspolitischen Herausforderungen. In diesem Bereich sind bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden, zumal infolge von Strukturreformen in den Mitgliedstaaten und der Impulse, die durch den Cardiff-Prozess ausgelöst wurden. Bei den Dienstleistungen ist der Fortschritt allerdings am langsamsten gewesen. Bis Ende 2000 wird eine Strategie für die Beseitigung von Hemmnissen im Dienstleistungsbereich benötigt. Die Mitgliedstaaten sollten

i) die Binnenmarktvorschriften uneingeschränkt und effektiv umsetzen, insbesondere in den Bereichen öffentliches Beschaffungswesen und technische Standards; sie sollten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass sowohl Aufträge der Regierungen als auch grundlegende öffentliche Dienste bis zum Jahr 2003 online verfügbar sind; der Umfang der einzelstaatlichen technischen Vorschriften ist auf das unbedingt erforderliche Mindestmaß zu reduzieren; die Funktionsweise des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung sollte verbessert werden;

ii) die Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörden gewährleisten und den Wettbewerbsbehörden die Befugnis übertragen, dass sie die Artikel 81 (Kartelle) und 82 (Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung) des EU-Vertrags mit transparenten und wirksamen Instrumenten durchsetzen;

iii) staatliche Beihilfen, insbesondere Ad-hoc-Beihilfen, verringern und sie stärker auf horizontale Ziele ausrichten; die Mitgliedstaaten sollten die Überwachung staatlicher Beihilfen und die Beurteilung ihrer Wirksamkeit verbessern;

iv) die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes bis Ende 2001 vollenden und vor allem bei dem Zugang zum Ortsnetz vor Ende des Jahres 2000 auf einen intensiveren Wettbewerb hinarbeiten;

v) die Liberalisierung in den Bereichen Energie (Elektrizität und Gas), Postdienste und Verkehr zügiger vorantreiben, damit ein echter Binnenmarkt in diesen Bereichen verwirklicht wird; die Gemeinschaftsrichtlinien zur Öffnung der Märkte für öffentliche Versorgungsuntemehmen sollten uneingeschränkt umgesetzt werden; die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Vorteile niedrigerer Preise und qualitativ hochwertiger Dienstleistungen durch entsprechende Regulierung und Berücksichtigung der Verpflichtungen öffentlicher Dienstleister auch unverzüglich an Verbraucher und gewerbliche Nutzer weitergegeben werden; Reformen, die in netzgebundenen Wirtschaftszweigen durchgeführt werden, sind anschließend systematisch zu bewerten;

vi) den Wettbewerb im Dienstleistungssektor verstärken, insbesondere bei Finanzdienstleistungen, im Handel und bei Unternehmensdienstleistungen; auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags ist eine Strategie für die Beseitigung der Hemmnisse im Dienstleistungsbereich bis Ende 2000 zu vereinbaren, und es ist dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten des elektronischen Geschäftsverkehrs in vollem Umfang erschlossen werden können;

vii) die Regulierungslast für die Unternehmen, vor allem die KMU, verringern, um günstigere Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen, insbesondere für die Gründung und Führung von KMU zu schaffen, und bis zum Jahr 2001 eine Strategie für weitere abgestimmte Maßnahmen zur Vereinfachung des regulatorischen Umfelds entwerfen;

viii) ein systematisches Konzept für den Rechtsrahmen für Dienstleistungen entwickeln, das darauf abstellen könnte, Bereiche zu ermitteln, in denen Marktelemente für die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen herangezogen werden könnten; es sollten Maßnahmen erarbeitet werden, um die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu steigern, beispielsweise durch Förderung der Nutzung neuer Management- und Kommunikationsmethoden (elektronischer Geschäftsverkehr, Internet, öffentliche Beschaffungen auf elektronischem Weg) und durch Förderung transparenter Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor; und

ix) die effektive Umsetzung der zahlreichen Regulierungsreformen überwachen, um konkrete Ergebnisse in Form von wirtschaftlicher Effizienz und Vorteilen für die Verbraucher zu erzielen.

3.7 *Die Kapitalmärkte durch Integration und Vertiefung fördern*

Effiziente, integrierte Finanzmärkte verbessern die Kapitalallokation und verringern die Kapitalkosten. Sie erleichtern den Strukturreformprozess und spielen bei der Förderung einer unternehmerisch geprägten Kultur eine wesentliche Rolle. Dies könnte zur Verbesserung der Ertragslage und der Investitionsquote beitragen. Solide Finanzsysteme tragen auch zur makroökonomischen Stabilität bei. Seit der Einführung des Euro wurden bei der Integration der Finanzmärkte ermutigende Fortschritte erzielt, nicht zuletzt durch die laufende Umsetzung der Aktionspläne für Finanzdienstleistungen und Risikokapital. Diese Arbeiten sind eine besonders vordringliche politische Aufgabe, bei der so schnell wie möglich Maßnahmen getroffen werden sollten; die Sondertagung des Europäischen Rats in Lissabon verlangte eine vollständige Umsetzung der Aktionspläne bis zum Jahr 2005 bzw. bis zum Jahr 2003. Außerdem sollten bei den Plänen und ihrer Umsetzung die aktuellen Entwicklungen des Marktes berücksichtigt werden, so dass die Integration so weit wie möglich marktbezogen erfolgt. Notwendig sind:

i) Erleichterung eines möglichst breiten Zugangs zu Anlagekapital auf EU-weiter Grundlage, auch für KMU, mittels eines „einheitlichen Passes für Emittenten";

ii) Erleichterung der Teilnahme aller Investoren an einem integrierten Markt durch Beseitigung der Hemmnisse für Anlagen in und von Pensionsfonds, durch angemessenen Anlegerschutz, klarere Unterscheidung zwischen „erfahrenen" Anlegern und „Normalverbrauchern", Überprüfung von Verhaltensregeln und Verbesserung des Rechtsrahmens für die Anlagetätigkeiten institutioneller Anleger;

iii) Förderung der weiteren Integration der Märkte für Staatsanleihen durch verstärkte Konsultation und Transparenz hinsichtlich der Techniken und Instrumente für die Emission sowie Verbesserung der Funktionsweise grenzübergreifender Verkaufs- und Rückkaufmärkte (Repomärkte);

iv) Verbesserung der Effizienz der Wertpapierclearing- und -abrechnungssysteme, um eine gesunde grenzübergreifende Geschäftstätigkeit zu erleichtern und zu fördern;

v) Verbesserung der Effizienz der Dienstleistungen im grenzüberschreitenden Massenzahlungsverkehr durch die Verbesserung der Verfahren für die Abwicklung von grenzüberschreitenden Zahlungen und der Kommunikation mit den Kunden;

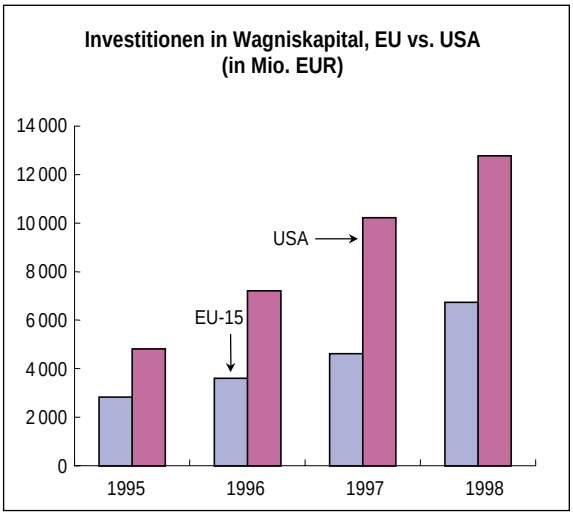
vi) Verbesserung der Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse von Unternehmen, die Zugang zu einem integrierten Finanzmarkt benötigen; die EU muss rasch auf Entwicklungen im internationalen Rechnungswesen reagieren können;

vii) zügigere steuerliche Maßnahmen zur Förderung von neuen Unternehmen und Wagniskapitalinvestitionen, Änderung des Konkursrechts, um Unternehmern eine „zweite Chance" zu geben, und Maßnahmen zur Förderung von Mitarbeiterbeteiligungsplänen;

viii) intensivere Zusammenarbeit zwischen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden der EU-Finanzmärkte und

ix) Folgemaßnahmen zur Umsetzung der Vorschriften der EU über Übernahmeangebote sowie Restrukturierungen und Konkurse von Kreditinstitutionen und Versicherungen.

Die Union sollte durch einen effizienten Dialog mit ihren wichtigsten Handelspartnern und dadurch, dass sie zur Stärkung des internationalen Finanzsystems beiträgt, zu der internationalen Finanzstabilität beisteuern. Sie sollte sich weiterhin in der nächsten WTO-Handelsrunde für den Abschluss eines multilateralen Rahmenübereinkommens über Investitionsregeln einsetzen, um die Vorhersagbarkeit und die Stabilität des Umfelds für internationale Investitionen zu verbessern.



Quelle: EVCA, Venture One.

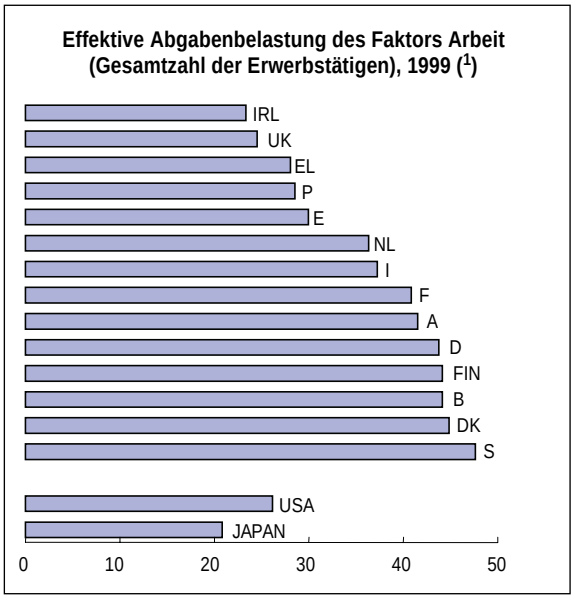
3.8 ***Die Arbeitsmärkte stärken***

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung in Lissabon die Strategie Europas für Vollbeschäftigung dargelegt, die Folgendes beinhaltet: Forcierung des Prozesses der Strukturreform, Vorbereitung des Übergangs zu einer wissensbasierten Wirtschaft, Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells, Investitionen in die Menschen, Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und Anwendung eines geeigneten makroökonomischen Policy-mix. Die Arbeitsmarktentwicklung verbessert sich, doch weist sie zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede auf, die zum Teil auf die ungleichmäßigen Fortschritte bei der Durchführung von Strukturreformen und aktiven Maßnahmen, zur Verbesserung der Vermittelbarkeit und der Anpassungsfähigkeit zurückzuführen sind. Die Länder, die hierbei am weitesten vorangekommen sind und gleichzeitig eine solide makroökonomische Politik verfolgt haben, werden nun in Form von höherer Beschäftigung und geringerer struktureller Arbeitslosigkeit für ihre Mühen belohnt. Nach wie vor bestehen jedoch beträchtliche Probleme: Die Arbeitslosigkeit ist immer noch unannehmbar hoch und konzentriert sich auf bestimmte Gruppen und Regionen, und der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl ist groß. Die niedrige Erwerbstätigenquote, insbesondere bei Frauen und älteren Personen im erwerbsfähigen Alter, schränkt das Wachstumspotential der EU ein. Darüber hinaus wird die demographische Entwicklung in der EU zu einer Stagnation im Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter führen. Um diese Probleme anzugehen und die Vorteile einer wissensbasierten Wirtschaft vollständig zu nutzen, sollte die aus vier Säulen bestehende, integrierte Strategie der beschäftigungspolitischen Leitlinien umgesetzt werden, und zwar zügig und in durchschaubarer Weise. Investitionen in Menschen sind ein besonderer Pluspunkt des europäischen Sozialmodells. Die Mitgliedstaaten sollten

i) den Übergang von passiven zu aktiven Maßnahmen fördern und eine umfassende vorbeugende Strategie zur Bekämpfung von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit entsprechend den beschäftigungspolitischen Leitlinien verfolgen; vor allem sollte die Vermittelbarkeit der Arbeitskräfte durch Senkung der Steuern und Sozialabgaben, insbesondere für gering bezahlte Arbeitskräfte, verbessert werden; der Zugang zu Arbeitsmarktausbildung, Bildung und lebenslangem Lernen sollte erleichtert werden und es sollte angestrebt werden, die Arbeitslosen durch gezielte, aktive Programme wieder in das Berufsleben einzugliedern; die Sozialpartner sollten zusammen mit den öffentlichen Stellen in die Bemühungen um Verbesserung von Bildung, Ausbildung und Gelegenheiten für lebenslanges Lernen einbezogen werden;

ii) die Abgaben- und Sozialleistungssysteme überprüfen und gegebenenfalls reformieren, um wirksame Anreize und Belohnungen für eine aktive Erwerbsbeteiligung zu schaffen; insbesondere sollten die passive Einkommenssicherung sowie die Einhaltung der Voraussetzungen für den Bezug von Sozialleistungen geprüft und gegebenenfalls reformiert werden; die Mitgliedstaaten sollten die Abschiebung der Menschen aus Systemen der Arbeitslosenunterstützung in andere teure, passive Systeme außerhalb des Arbeitsmarktes vermeiden; sie sollten aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entwickeln, um durch rein passive Systeme gestützte Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden;

iii) die Mobilität der Arbeitskräfte stärken, unter anderem durch gegenseitige Anerkennung der Befähigungsnachweise und durch bessere Übertragbarkeit der Rentenansprüche, um die sektorale und regionale Mobilität der Arbeitskräfte in der EU zu unterstützen;



(1) Effektive Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist das Verhältnis der Sozialversicherungsbeiträge plus Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen zu Bruttolöhnen. Auch wenn diese konzeptionell ähnlich ist wie die von Eurostat veröffentlichten impliziten Steuerraten, bestehen methodische Unterschiede. Hauptsächlich aufbauend auf makroökonomischen Daten und im Rahmen der Wirtschaftsvorausschätzungen der Kommissionsdienststellen aktualisiert, erlaubt die effektive Abgabenbelastung eine Einschätzung auf der Basis der neuesten Informationen.
Quelle: Kommissionsdienststellen.

iv) die Arbeitsorganisation in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern modernisieren, einschließlich flexibler Arbeitszeitregelungen, Maßnahmen zur Erleichterung von Teilzeitarbeit ergreifen und strenge Kündigungsschutzregelungen und hohe Abfindungszahlungen bei Entlassungen überprüfen; als flankierende Maßnahme zu gesetzlichen oder tariflichen Verkürzungen der Gesamtarbeitszeit Anstrengungen unternehmen, um Erhöhungen der Lohnstückkosten zu verhindern und den künftigen Arbeitskräftebedarf zu berücksichtigen;

v) die Bemühungen für eine Politik der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen verstärken, unter anderem durch eine Verbesserung der mittels der Abgaben- und Sozialleistungssysteme gegebenen materiellen Anreize und durch die Förderung einer Politik, die die Erfordernisse von Beruf und Familie in Einklang bringt;

vi) die Bemühungen verstärken, um Maßnahmen zu vereinbaren, die bis Ende 2000 einen integrationsfördernden Arbeitsmarkt sicherstellen.

3.9 *Eine nachhaltigere Entwicklung sicherstellen*

Die Förderung umweltfreundlicher Technologien, Produkte und Verhaltensweisen könnte zu einer nachhaltigeren Entwicklung beitragen. Eine vernünftige Umweltpolitik, die darauf angelegt ist, die durch Marktinstrumente zu erreichenden Effizienzgewinne zu nutzen, würde auch Vorteile in Form effizienterer Wirtschaftsstrukturen mit sich bringen und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen. Die Mitgliedstaaten sollten

i) marktwirtschaftliche Politiken einführen oder verstärken, wie Besteuerung, Nutzungsgebühren, Versicherungs-/Haftungssysteme und handelbare Lizenzen, die knappen Ressourcen einen Preis beimessen; helfen, die Zielsetzungen der EU im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu erfüllen, und dazu beitragen, die Koppelung von Umweltbelastung und Wirtschaftswachstum zu durchbrechen,

ii) Subventionen und Steuerbefreiungen für einzelne Wirtschaftssektoren und andere bestehende Maßnahmen, die sich negativ auf die Umwelt auswirken, neu bewerten, wobei anderen relevanten wirtschaftlichen und sozialen Faktoren umfassend Rechnung zu tragen ist, und

iii) sich um ein Einvernehmen über einen angemessenen Rahmen für die Energiebesteuerung auf europäischer Ebene bemühen.

II. LÄNDERSPEZIFISCHE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LEITLINIEN

1 BELGIEN

Unterstützt durch die Inlandsnachfrage, vor allem den privaten Verbrauch und die Investitionen, sowie einen weiterhin positiven Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum, dürfte sich die Konjunktur, die sich 1999 verlangsamt hatte, im Jahr 2000 beschleunigen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen dürfte sich im Jahr 2000 fortsetzen und sich 2001 weiter verstärken, da die Abgabensenkungen für den Faktor Arbeit wirksam werden.

Haushaltspolitik

Belgien hat im Jahr 1999 weitere Fortschritte auf dem Weg zur haushaltspolitischen Anpassung erzielt. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit ging auf 0,9 % des BIP zurück, dies ist weniger als das im Stabilitätsprogramm gesetzte Ziel, und die öffentliche Schuld fiel auf 114,4 % des BIP. Gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm für die Jahre 2000 bis 2003 wird Belgien seine Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung auf der Grundlage hoher Primärüberschüsse fortsetzen und strebt im Jahr 2002 einen ausgeglichenen Haushalt sowie in 2003 eine Schuldenquote nahe 100 % des BIP an. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Erreichen besserer Haushaltsergebnisse als das im Haushalt und im aktualisierten Stabilitätsprogramm angesetzte Defizitziel von 1 % des BIP im Jahr 2000 angesichts der besseren Haushaltsergebnisse im Jahr 1999 und der Aussicht auf ein höheres BIP-Wachstum als im Haushalt projiziert;

ii) Einhalten des sich aus den Verpflichtungen im Rahmen des aktualisierten Stabilitätsprogramms implizit ableitenden Wertes von 1,5 % für den jährlichen Anstieg der realen Primärausgaben, damit die Abgabenbelastung, insbesondere des Faktors Arbeit, gesenkt werden kann, während gleichzeitig das Erreichen eines niedrigeren Zielwerts für das öffentliche Defizit gesichert bleibt;

iii) Aufrechterhalten eines Primärüberschusses von etwas über 6 % des BIP, um eine kontinuierliche Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits sicherzustellen und eine rasche Senkung der öffentlichen Schuldenquote zu ermöglichen; und

iv) Verwendung der Einnahmen aus Privatisierungen oder sonstigen Veräußerungen staatlicher Vermögenswerte zum Abbau des öffentlichen Schuldenstands.

Produktmärkte

Belgien ist sehr gut in die europäische Wirtschaft integriert. Durch die Offenheit der belgischen Wirtschaft entsteht Wettbewerb, vor allem auf den Gütermärkten. In bestimmten Dienstleistungsbranchen bestehen allerdings noch Probleme. Wenngleich bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften erhebliche Fortschritte erzielt wurden, sollte deren Anwendung doch beschleunigt werden. Die belgische Regierung hat sich verpflichtet, die Belastung der Unternehmen durch die öffentliche Verwaltung bis zum Ende der Legislaturperiode um 25 % zu vermindern. Ungeachtet jüngerer Anstrengungen liegen die FuE-Ausgaben im Verhältnis zum BIP unter dem EU-Durchschnitt. Die Bemühungen zur Förderung der unterdurchschnittlichen Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien sind fortzusetzen. In Anbetracht dessen sollte Belgien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Inangriffnahme des Problems mangelnden Wettbewerbs im Dienstleistungssektor, das zu hohen Preisen und schwacher Produktivität in Sektoren wie Energie, Telekommunikation, Schienenverkehr und Unternehmensdienstleistungen beiträgt;

ii) beschleunigte Liberalisierung der Strom- und Gaswirtschaft sowie Erweiterung der Befugnisse der für Energie und Telekommunikation zuständigen Regulierungsbehörden;

iii) unverzügliche Durchführung und genaue Überwachung der verschiedenen Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Unternehmen durch die öffentliche Verwaltung und

iv) mehr Transparenz in den Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor, insbesondere bei öffentlich-privaten Partnerschaften, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Kapitalmärkte

Verschiedene Reformen wurden durchgeführt, um die Markteffizienz in einem zunehmend wettbewerbsbestimmten Umfeld zu verbessern. Der Wagniskapitalmarkt wird weitgehend vom öffentlichen Sektor dominiert und ist durch einen hohen Anteil von Investitionen zur Finanzierung der Markteinführung und Hochtechnologieinvestitionen gekennzeichnet. Auch wenn die Konzentration auf die Finanzierung der Markteinführung im Allgemeinen zu begrüßen ist, könnte der Mangel an privatem Wagniskapital und insbesondere an Zwischenfinanzierungsmitteln dem Wachstum des Wagniskapitalmarkts längerfristig doch Grenzen setzen. In Anbetracht dessen sollte Belgien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Weitere Anstrengungen zur Förderung von privatem im Gegensatz zu öffentlichem Wagniskapital durch Verbesserung des steuerlichen Umfelds; erwogen werden sollten insbesondere die Umstrukturierung des Körperschaftsteuersystems durch eine Senkung der Steuersätze und eine Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage.

Arbeitsmärkte

Bezogen auf das Beschäftigungswachstum haben sich die belgischen Arbeitsmärkte vergleichsweise gut entwickelt. Ausgehend von einer insgesamt niedrigen Erwerbstätigenquote, insbesondere bei Frauen und älteren Arbeitnehmern, hat das Arbeitskräfteangebot stetig zugenommen. Der Beschäftigungsanstieg hat daher nicht zu einer erheblich niedrigeren Arbeitslosigkeit geführt. Im Vergleich zwischen den kleineren Mitgliedstaaten gehört die Arbeitslosenquote weiterhin zu den höchsten, und die regionalen Unterschiede sind ausgeprägt. Gemeinsame Zuständigkeiten von Bundesregierung, Regionen und Sprachgemeinschaften erfordern erhebliche Koordinierung. In Anbetracht dessen sollte Belgien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Verstärkung von Maßnahmen zur Förderung der Arbeitskräftemobilität zwischen und in den Regionen sowie Ermutigung der Sozialpartner, angesichts der ausgeprägten geographischen Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit in stärkerem Maße zuzulassen, dass die Lohnverhandlungen — innerhalb der landesweiten Lohnnorm — die lokalen Arbeitsmarktbedingungen und/oder die Finanzlage der Unternehmen besser widerspiegeln. Sozialpartner und öffentliche Hand sollten in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen außerdem größeres Augenmerk auf die berufliche Fortbildung und die Hebung des Bildungsstands der Erwerbsbevölkerung richten; und

ii) Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um Anreize zur Teilnahme an aktiven Maßnahmen und zur Annahme von Stellenangeboten zu schaffen; aktive Arbeitsmarktmaßnahmen sollten mit einer Überprüfung der potentiellen Fehlanreize des Abgaben- und Sozialleistungssystems, einschließlich der Verfügbarkeit und der Sozialleistungen, für die Erwerbstätigkeit von Minderqualifizierten, älteren Arbeitnehmern und Frauen verknüpft werden.

2 DÄNEMARK

Das Wirtschaftswachstum dürfte sich im Jahr 2000 erholen, da die Inlandsnachfrage und insbesondere der private Verbrauch parallel zu den günstigeren Aussichten für die Exportmärkte an Dynamik gewinnen dürften. Die Arbeitslosigkeit, die Ende 1999 mit 4,5 % der Erwerbspersonen den niedrigsten Stand seit den 70er Jahren erreicht hatte, dürfte im Laufe des Jahres leicht steigen.

Haushaltspolitik

Die öffentlichen Finanzen haben sich in Dänemark im Jahr 1999 stark verbessert. Der Überschuss des Gesamtstaates erreichte 3 % des BIP, das ist ein halber Prozentpunkt mehr als bei der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes erwartet wurde. Für das Jahr 2000 wird erwartet, dass der Überschuss des Gesamtstaates 2,2 % des BIP erreicht und danach, gemäß dem aktualisierten dänischen Konvergenzprogramm, bis zum Jahr 2005 allmählich auf etwa 3 % des BIP ansteigt. Auf der Ebene der Gemeinden haben die Ausgaben regelmäßig die Planansätze überstiegen. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Einhalten des Ziels der Regierung, den Anstieg des realen Staatsverbrauchs im Haushalt 2000 auf 1,2 % zu beschränken; hierzu ist Wachsamkeit vor allem auf der Ebene der Gemeinden erforderlich; sind unter Beachtung der Autonomie örtlicher Regierungen verbesserte institutionelle Regelungen in Betracht zu ziehen, falls das Ziel verfehlt zu werden droht, und

ii) Durchsetzen der im aktualisierten Konvergenzprogramm vorgesehenen Senkung der Abgaben- und Staatsquoten angesichts der gesunden öffentlichen Finanzlage, da dies die wirtschaftlichen Anreize erhöhen und zu günstigeren mittelfristigen Wachstums- und Beschäftigungsaussichten beitragen würde.

Produktmärkte

Dänemark gehört zu den Ländern, die bei der Produktmarktreform am weitesten gegangen sind, insbesondere bei den netzgebundenen Wirtschaftszweigen. Allerdings besteht Spielraum zu Verbesserungen mit Blick auf die Preise und die Produktivität der dänischen Wirtschaft, falls es zu einer Lösung des Problems eines unzureichenden Wettbewerbs in einigen Wirtschaftszweigen wie Nahrungsmittel und Getränke, Baumaterialien und Einzelhandel kommt. Auf dem Gebiet der gewerblichen FuE schneidet Dänemark im Vergleich zu den anderen nordischen Ländern ungünstig ab. In Anbetracht dessen sollte Dänemark Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Weitere politische Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbspolitik und Sicherung ihrer vollständigen Anwendung; Ermächtigung des Wettbewerbsrats zur Durchsetzung der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag;

ii) weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz des vergleichsweise großen öffentlichen Sektors, z. B. durch systematischeren Einsatz von öffentlichen Ausschreibungen; und

iii) verstärkte Anstrengungen zur Steigerung des Technologietransfers von Forschungsinstituten zu Unternehmen und Förderung der unternehmerischen Initiative in Hochtechnologiebereichen.

Kapitalmärkte

Größere Reformen wurden durchgeführt, um die Markteffizienz zu erhöhen und Risikokapital zu fördern. Allerdings ist der Markt für Eigenkapital noch relativ klein, vor allem im Vergleich zum Rentenmarkt. Im Jahr 1998 wurde eine Börse für wachstumsstarke Unternehmen eingeführt, an der jedoch wenige Unternehmen notiert werden. Trotz der bisherigen Reformen ist auch der Wagniskapitalmarkt noch klein. In Anbetracht dessen sollte Dänemark Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Erschließung zusätzlicher Finanzierungsquellen für Wagniskapitalinvestitionen durch weiteren Abbau der mengenmäßigen Beschränkungen für die Anlagetätigkeit von Pensionsfonds und

ii) besondere Beachtung der in der Risikokapitalmitteilung vom Oktober 1999 enthaltenen Beispiele für empfehlenswerte Verfahren bei der Besteuerung von Wagniskapitalinvestitionen, im Bereich des Konkursrechts und bei der Förderung innovativer Mitarbeiterbeteiligungsregelungen, unter anderem mittels Aktienoptionen.

Arbeitsmärkte

Die dänische Arbeitsmarktlage hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert, was teilweise auf die seit Mitte der 90er Jahre durchgeführten umfassenden Strukturreformen zurückzuführen ist. Angesichts der hohen Erwerbstätigenquote und der niedrigen Arbeitslosenquote könnte es sehr schwierig sein, längerfristig eine ausreichende Erwerbsbevölkerung sicherzustellen. Die demographische Entwicklung wird in den kommenden Jahren keine Hilfe sein, ebenso wenig wie die angekündigte Einführung einer sechsten Urlaubswoche. In Anbetracht dessen sollte Dänemark Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Umsetzung der Reformen, um die gesamte Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere den Grenzsteuersatz für niedrige Einkommen, zu verringern und die Anreize zur Aufnahme bzw. Fortführung einer Erwerbstätigkeit zu erhöhen; sorgfältige Überwachung der Vorruhestands- und Urlaubsregelungen unter Berücksichtigung der erforderlichen Ausweitung des Arbeitskräfteangebots.

3 DEUTSCHLAND

Die Konjunktur hat sich in der zweiten Jahreshälfte 1999 deutlich beschleunigt, wobei der Außenbeitrag erstmals seit Mitte 1998 wieder positiv wurde. Da sich das außenwirtschaftliche Umfeld weiterhin kräftig entwickeln dürfte und die Inlandsnachfrage durch den erwarteten Rückgang der Arbeitslosigkeit unterstützt wird, dürfte das BIP-Wachstum in diesem Jahr deutlich höher ausfallen als 1999.

Haushaltspolitik

Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in Deutschland setzte sich im Jahr 1999 fort. Das Defizit des Gesamtstaates ging auf 1,1 % des BIP zurück, im Vergleich mit einem Ziel von 2 % in dem ursprünglichen Stabilitätsprogramm. Gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm vom 1. Februar 2000 wird erwartet, dass das Defizit im Jahr 2000 auf 1 % des BIP abnimmt. Dieser bescheidene Rückgang der Defizitquote — ungeachtet eines ehrgeizigen Sparpakets auf Bundesebene — ist unter anderem auf eine geringfügige Verschlechterung der Finanzen auf regionaler Ebene und eine Wiederauffüllung der Reserven im Sozialversicherungssektor zurückzuführen. Im Jahr 2001 werden die geplanten Reformen der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu einer Verschlechterung des gesamtstaatlichen Defizits auf schätzungsweise 1½ % des BIP führen. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Senkung des Defizits im Jahr 2000 unter den angestrebten Wert, falls das Wirtschaftswachstum höher ausfällt als im Haushaltsplan unterstellt und eine entsprechende Verbesserung der Haushaltssituation eintritt;

ii) äußerst vorsichtige Umsetzung der Einkommen- und Körperschaftsteuerreform im Jahr 2001, um den erneuten Anstieg des Staatsdefizits zu begrenzen und die Gefahr einer dauerhaften Verschlechterung des strukturellen Defizits möglichst gering zu halten;

iii) Ausarbeiten von Strukturreformen des Sozialversicherungssystems (insbesondere Alterssicherung und Gesundheitswesen), da diese den Schlüssel zu mittelfristig tragfähigen Finanzen darstellen; und

iv) Sicherstellen, dass die Schuldenquote auf Abwärtskurs gebracht wird, indem die ins Auge gefassten Defizitziele strikt eingehalten und bestehende Privatisierungsmöglichkeiten auf allen Ebenen des Staates genutzt werden. Ferner sollten einmalige Einnahmen in vollem Umfang zum Schuldenabbau verwendet werden.

Produktmärkte

Deutschland ist gut in die europäischen Produktmärkte integriert. Allerdings bleiben die deutschen Preise überwiegend wegen der höheren Pro-Kopf-Einkommen nach wie vor auf relativ hohem Niveau. Mit verschiedenen Reformen der letzten Zeit ist es gelungen, die Funktionsweise der deutschen Produktmärkte zu verbessern, insbesondere im Bereich der Wettbewerbspolitik und der Liberalisierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige. Dennoch gibt es Spielraum für weitere Verbesserungen. In Anbetracht dessen sollte Deutschland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Stärkere Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens; Förderung des elektronischen Zugangs zu öffentlichen Ausschreibungen;

ii) Liberalisierung der Wettbewerbsvorschriften nach europäischen Standards (d. h. Beseitigung der Beschränkungen für Preisnachlässe und Werbegeschenke) unter Berücksichtigung der Anforderungen der neuen Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr;

iii) Verbesserung der Wettbewerbsstrukturen und der Effizienz durch Ausschöpfung der Privatisierungsmöglichkeiten;

iv) weitere Reduzierung staatlicher Beihilfen, einschließlich von Ad-hoc- und sektorspezifischen Beihilfen;

v) Überprüfung der neuen Vereinbarung für Durchleitungsentgelte für Strom, die bis Ende 2001 gilt, im Lichte der gewonnenen Erfahrungen, um die Vorteile der Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft vollständig auszuschöpfen; und

vi) weitere Anstrengungen zum Abbau von Beschränkungen und Belastungen für KMU, vor allem für Unternehmensdienstleister und Handwerksbetriebe, durch die öffentliche Verwaltung.

Kapitalmärkte

Der deutsche Finanzmarkt hat sich in den letzten fünf Jahren dynamisch entwickelt, insbesondere 1999. Besonders erfolgreich verlief die Entwicklung des Neuen Markts für wachstumsstarke Hochtechnologieunternehmen. Aufgrund der kräftigen öffentlichen Unterstützung und der jüngsten Marktentwicklungen wächst der deutsche Wagniskapitalmarkt kräftig, wobei außerdem erhebliche Beträge in die Frühphasenfinanzierung fließen. In Anbetracht dessen sollte Deutschland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Berücksichtigung der in der Risikokapitalmitteilung vom Oktober 1999 enthaltenen Beispiele für empfehlenswerte Verfahren im Bereich der Besteuerung, der Konkursvorschriften und der Förderung von Aktienoptionsplänen.

Arbeitsmärkte

Die deutsche Arbeitsmarktlage hat sich 1999 leicht verbessert, doch betraf dies hauptsächlich den westlichen Teil des Landes. Das „Bündnis für Arbeit" hat den Rahmen gesetzt für die gegenwärtige Lohnzurückhaltung, einschließlich verbesserter Gelegenheiten für Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer, deren Umsetzung den Sozialpartnern obliegt. Eine weitreichende Steuerreform zur Verlagerung der Abgabenbelastung vom Faktor Arbeit in Richtung Ökosteuem wurde bereits eingeführt, und es gibt Pläne, weitere Schritte der Reform vorzuziehen. Die Renten sollen langsamer steigen, was dazu beitragen dürfte, die Rentenbeiträge stabil zu halten. In Anbetracht dessen sollte Deutschland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) kritische Überprüfung der Politik für den Osten des Landes, wo die Arbeitsmarktprobleme — zehn Jahre nach der Wiedervereinigung — besonders gravierend sind. Diese Überprüfung sollte insbesondere abstellen auf die Effizienz von Transferleistungen sowie darauf, wie die Sozialpartner durch höhere Arbeitsmarktflexibilität und angemessene Lohnstrukturen die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern könnten;

ii) Fortsetzung und Überwachung der Bemühungen um eine allmähliche Verringerung der Abgabenbelastung der Arbeit durch Senkung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Auf der gesamten Lohnskala und vor allem am untersten Ende sollten die Lohnkosten unter Berücksichtigung der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Finanzen weiter gesenkt werden. Die Strategie der Verlagerung des Schwergewichts von der Besteuerung des Faktors Arbeit hin zu den Ökosteuern, die bereits zu einer Senkung der Rentenbeitragssätze um etwa 5 % beigetragen hat, sollte im Einklang mit den geplanten weiteren Reformschritten fortgeführt werden.

iii) Verringerung der Hemmnisse des Abgaben- und Sozialleistungssystems im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere älterer Arbeitnehmer; Suche nach den geeignetsten Möglichkeiten, um zu verhindern, dass ältere Arbeitnehmer vorzeitig den Arbeitsmarkt verlassen, und um die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu fördern.

4 GRIECHENLAND

Der 1994 begonnene Wirtschaftsaufschwung setzt sich mit einer kräftigen Rate fort; im Jahr 1999 lag das Wachstum des realen BIP in Griechenland im vierten Jahr hintereinander über dem EU-Durchschnitt, wenngleich es sich aufgrund der außenwirtschaftlichen Entwicklung etwas abschwächte. Die Konsolidierung der Wachstumsphase dürfte sich in den kommenden Jahren positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken;

Haushaltspolitik

Griechenland erzielte im Jahr 1999 weitere Fortschritte bei der Verbesserung seiner Haushaltslage. Das Defizit des Gesamtstaates fiel auf 1,6 % des BIP, weniger als das im Konvergenzprogramm gesetzte Ziel, und die öffentliche Schuld fiel auf 104,4 % des BIP. Die raschere Rückführung des Defizits ist auf erheblich höhere Haushaltseinnahmen als erwartet zurückzuführen, im Ergebnis hat dies das Übersteigen der Planansätze bei den Ausgaben leicht überkompensiert. Das aktualisierte Konvergenzprogramm sieht eine weitere Rückführung des öffentlichen Defizits in den Jahren 2000 und 2001 vor. Die Haushaltskonsolidierung wird von einem hohen Primärüberschuss getragen, der zum Teil, infolge der Reformen der 90er Jahre, im Sozialversicherungssystem entsteht. Hauptsächlich wegen der Alterung der Bevölkerung sind weitere Reformen des Sektors vorgesehen. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Betrachten des im Haushalt angesetzten Zielwerts von 1,2 % des BIP für das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2000 als Obergrenze; ein besseres Ergebnis auf der Einnahmenseite sollte sich in einem niedrigeren gesamtstaatlichen Defizit niederschlagen; weitere Straffung der Haushaltspolitik im Jahr 2001, falls Inflationsdruck aufkommt;

ii) Sicherstellen durch klare und verbindliche Vorschriften, dass die Ausgaben unter Kontrolle sind, um die laufenden Primärausgaben im Verhältnis zum BIP zu senken;

iii) Fortführen der Reform des Sozialversicherungssektors zur Sicherung der langfristigen Tragfähigkeit des Systems; außerdem sollte die Verwaltung des Vermögens der Sozialversicherungen bei weiterer Rationalisierung und Kontrolle der Ausgaben verbessert werden; und

iv) Durchführen der für die Jahre 2000 und danach geplanten Privatisierungen, um einen rascheren Rückgang der Schuldenquote sicherzustellen.

Produktmärkte

Teilweise aufgrund ihrer geographischen Lage ist die griechische Wirtschaft weniger in die europäischen Produktmärkte integriert als die anderer Mitgliedstaaten. Die Preise sind bei mehreren Preiskategorien relativ hoch. Die Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität in Griechenland haben sich verbessert, doch liegen die Produktivitätsniveaus unter denen anderer Mitgliedstaaten. Trotz bedeutsamer Fortschritte bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen und einer Reihe von Maßnahmen zur Förderung der unternehmerischen Initiative und der Innovation verlaufen die Reformen auf den Produktmärkten recht langsam. In Anbetracht dessen sollte Griechenland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) bessere Umsetzung und Anwendung der Binnenmarktvorschriften;

ii) beschleunigte Liberalisierung des Telekommunikations-, Strom- und Gassektors;

iii) konkrete Maßnahmen zur Förderung von Existenzgründungen und

iv) weitere Maßnahmen, um FuE sowie die Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern und den privaten Sektor verstärkt in die FuE-Finanzierung einzubinden.

Kapitalmärkte

Aufgrund der laufenden Liberalisierung öffnet sich der griechische Kapitalmarkt zunehmend dem Wettbewerb. Der Aktienmarkt hat von den Reformen im Bereich der Unternehmensverfassung („Corporate Governance“) und der Notierungsbedingungen sowie vom stückelosen Wertpapierhandel profitiert. Ferner werden die Aktien kleiner und mittelgroßer dynamischer Unternehmen voraussichtlich bald an der neuen Börse für diese Unternehmen, die dem europäischen Neuen Markt nachgebildet wurde, notiert. Die Wagniskapitalinvestitionen hingegen gehören weiterhin zu den niedrigsten in der EU. Dadurch werden die für junge wachstumsstarke Unternehmen verfügbaren Finanzierungsquellen erheblich eingeschränkt. Die durch Steuererleichterungen und finanzielle Förderprogramme geschaffenen Anreize wurden erst vor kurzem eingeführt, weshalb ihre Ergebnisse noch nicht bewertet werden können. In Anbetracht dessen sollte Griechenland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) beschleunigte Umsetzung der im Risikokapital-Aktionsplan von 1998 vorgeschlagenen Maßnahmen und besondere Berücksichtigung der in der Mitteilung vom Oktober 1999 enthaltenen Beispiele für empfehlenswerte Verfahren.

Arbeitsmärkte

Die Entwicklung des griechischen Arbeitsmarkts in den 90er Jahren war einerseits durch einen Anstieg der Erwerbsquote und der Beschäftigung gekennzeichnet, während andererseits die Arbeitslosigkeit zunahm. Wenngleich die Beschäftigungsquote als Vollzeitäquivalent nunmehr beinahe den EU-Durchschnitt erreicht hat, bestehen nach wie vor beträchtliche Strukturprobleme, einschließlich einer niedrigen Erwerbstätigenquote, niedrige Teilzeit- und Frauenerwerbstätigkeit sowie eine hohe Langzeitarbeitslosigkeit. Schritte zur Strukturreform des Arbeitsmarkts und zur Umsetzung eines Konzepts gegen die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit wurden eingeleitet. Die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit wurde verringert. Die Bemühungen zur Förderung der Teilzeitbeschäftigung, die in Griechenland weniger verbreitet ist als im EU-Durchschnitt, haben 1999 erste Ergebnisse gebracht. In Anbetracht dessen sollte Griechenland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) entschiedene, kohärente und messbare Maßnahmen, um zu verhindern, dass jugendliche und erwachsene Arbeitslose in die Langzeitarbeitslosigkeit abgleiten; besondere Bemühungen zur Vollendung der Reform der Arbeitsverwaltung und zur Umsetzung präventiver Maßnahmen gemäß den beschäftigungspolitischen Leitlinien 1 und 2; weitere Anstrengungen zur Reform der allgemeinen und beruflichen Bildung entsprechend den Bedürfnissen des Produktionssystems;

ii) vollständige und effektive Umsetzung der 1998 beschlossenen Arbeitsmarktreformen, insbesondere im Hinblick auf mehr Teilzeitarbeit und flexiblere Arbeitszeiten; und

iii) Überprüfung der Lohnfindungssysteme gemeinsam mit den Sozialpartnern, um die Lohnentwicklung an die auf geographischer, sektoraler und Unternehmensebene bestehenden Produktivitätsunterschiede anzupassen, wobei insbesondere dafür zu sorgen ist, dass die Abweichung von sektoralen Tarifvereinbarungen (allerdings unter Einhaltung des in der allgemeinen Tarifvereinbarung festgelegten Mindestlohnniveaus) im Rahmen regionaler Beschäftigungspakte zur praktischen Möglichkeit wird.

5 SPANIEN

Das BIP-Wachstum setzte sich 1999 mit dem bisherigen robusten Tempo fort und ging mit einer lebhaften Schaffung von Arbeitsplätzen einher. Ausgehend von einer gemäßigteren Entwicklung der Inlandsnachfrage und einer Erholung der spanischen Exporte stellen sich die Aussichten auch für das Jahr 2000 günstig dar. Die Preise haben sich allerdings seit der zweiten Jahreshälfte 1999 schlechter entwickelt als erwartet, der Anstieg dürfte sich im Jahr 2000 aber abschwächen, sofern die Lohnabschlüsse maßvoll bleiben.

Haushaltspolitik

Bei der Haushaltskonsolidierung wurden im Jahr 1999 deutliche Fortschritte erzielt. Das Defizit des Gesamtstaates wurde auf 1,1 % des BIP zurückgeführt, das ist ein halber Prozentpunkt weniger als das in dem ursprünglichen Stabilitätsprogramm gesetzte Ziel. Gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm wird erwartet, dass das Defizit des Gesamtstaates in den Jahren 2000 und 2001 weiter zurückgeführt wird und in den Jahren 2002 und 2003 würde es sich in einen Überschuss verwandeln, der hauptsächlich durch Zurückhaltung bei den laufenden Primärausgaben erzielt würde. Dies würde auch eine Verringerung der Abgabenbelastung erlauben. Um das Problem der Alterung der Bevölkerung anzugehen, wurde ein Pensionsfonds eingerichtet. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Erreichen der im aktualisierten Stabilitätsprogramm angesetzten, möglichst aber noch besserer Haushaltsziele, da das Ergebnis 1999 besser ausgefallen ist als erwartet; Bereitschaft zur weiteren Straffung der Finanzpolitik bereits im Jahr 2000, als Gegengewicht zu etwaigen Überhitzungsgefahren;

ii) Durchführung der anstehenden Reform des nationalen Haushaltsgesetzes im Jahr 2000 zur besseren Kontrolle der laufenden Primärausgaben, die für die Strategie der Haushaltskonsolidierung von zentraler Bedeutung ist; dadurch müssten sich außerplanmäßige Ausgaben im Wesentlichen auf unvorhersehbare Fälle beschränken lassen;

iii) allmähliches Aufstocken des mit dem Haushaltsgesetz 2000 eingerichteten Pensionsfonds, um das langfristige Problem der Bevölkerungsalterung zu bewältigen; Einleiten weiterer Schritte im Rahmen der neuen Gesprächsrunde zur Rentenreform, die nach dem „Pacto de Toledo“ von 1995 in diesem Jahr zwischen Regierung und Sozialpartnern stattfinden soll; und

iv) Fortführung und vollständiges Einhalten des bestehenden innerstaatlichen Stabilitätspakts zwischen den Regionen und dem Zentralstaat, da den regionalen Gebietskörperschaften in vielen Ausgabenbereichen eine immer wichtigere Rolle zukommt.

Produktmärkte

Spanien ist einigermaßen gut in die europäischen Produktmärkte integriert. Verschiedene Maßnahmen wurden ergriffen, um den Wettbewerb auf den Produktmärkten zu verstärken: bessere Umsetzung der Binnenmarktvorschriften, Fortschritte bei der Liberalisierung des Telekommunikationssektors, Verschärfung der Wettbewerbsvorschriften und Einrichtung zentraler Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) für KMU. Der neue Plan für Wissenschaft und Technologie zielt auf eine merkliche Erhöhung der FuE-Ausgaben im Verhältnis zum BIP. In Anbetracht dessen sollte Spanien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Fortführung der Umsetzung der 1999 eingeleiteten Reform des Wettbewerbsrechts; dabei sollte besonderes Augenmerk auf die Stärkung der Befugnis und der Ressourcen der unabhängigen Wettbewerbsbehörde zur Untersuchung von Fällen gerichtet werden;

ii) Fortsetzung des Abbaus sektorspezifischer Beihilfen (Eisenbahn, Kohleindustrie, Werften);

iii) Maßnahmen zur Verstärkung des Wettbewerbsrahmens in Sektoren wie Strom, Gas und Einzelhandel, zur Beseitigung von Beschränkungen des Grundstücksangebots sowie zur Annäherung der Wassergebühren an die tatsächlichen Kosten und

iv) Fortsetzung der Maßnahmen zur Verminderung der Belastung durch die öffentliche Verwaltung, insbesondere der KMU angesichts ihres hohen Anteils an der Beschäftigung in Unternehmen, und Ausdehnung des Netzes von zentralen Anlaufstellen („One-Stop-Shops") für Unternehmen auf zusätzliche Gebiete.

Kapitalmärkte

Der Kapitalmarkt entwickelt sich rasch, was auf die Reformen zur Förderung des Marktzugangs für Unternehmen und zur Erleichterung von Investitionen in nicht börsennotierte Wertpapiere sowie auf den Privatisierungsprozess und den wachsenden Aktienbesitz privater Haushalte zurückzuführen ist. Der Wagniskapitalmarkt ist allerdings nach wie vor klein. In Anbetracht dessen sollte Spanien folgendem Ziel hohe Priorität einräumen:

i) weitere Anstrengungen zur Entwicklung der Wagniskapitalmärkte und insbesondere zur Förderung der Finanzierung der Markteinführung; Berücksichtigung der in der Risikokapitalmitteilung vom Oktober 1999 enthaltenen Beispiele für empfehlenswerte Verfahren im Bereich des Konkursrechts, bei der Förderung innovativer Mitarbeiterbeteiligungsregelungen, und bei der Förderung von Aktienmärkten für kleine und mittlere Unternehmen.

Arbeitsmärkte

Die Entwicklung des spanischen Arbeitsmarkts hat sich in den letzten Jahren merklich verbessert. Die Arbeitslosigkeit ging in bemerkenswerter Weise zurück, und die Beschäftigung nahm kräftig zu. Anstrengungen wurden unternommen, um den Schwerpunkt von passiven zu aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen zu verlagern, unter anderem eine Verstärkung des Programms zur Vorbeugung gegen die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit wurde gesenkt, insbesondere am unteren Ende der Lohnskala. Allerdings ist die Arbeitslosigkeit noch immer die höchste in der EU, und beträchtliche Strukturprobleme bestehen fort einschließlich der Spaltung des Arbeitsmarkts zwischen dauerhaften und befristeten Arbeitsverhältnissen, einer geringen Erwerbsbeteiligung und -tätigkeit von Frauen und großer regionaler Unterschiede. Außerdem besteht ein gewisses Risiko, dass Lohndruck aufkommt. In Anbetracht dessen sollte Spanien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Überprüfung des Lohnfindungssystems und der regional-lokalen Umsetzung des Sozialsystems gemeinsam mit den Sozialpartnern sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise des Wohnungsmarkts, um die Arbeitsmobilität zu fördern und regionale Unterschiede bei der Arbeitslosigkeit abzubauen;

ii) weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz von aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen und zur besseren Koordinierung mit passiven Arbeitsmarktmaßnahmen gegen das Abgleiten in die Langzeitarbeitslosigkeit und Verknüpfung dieser Maßnahmen mit einer Überprüfung der Abgaben- und Sozialleistungssysteme, um den Anreiz zur Einstellung von Arbeitskräften, zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und zur Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktprogrammen zu erhöhen; Überprüfung der Qualität und Effizienz der technischen Ausbildung in Schulen; und

iii) weitere Überprüfung, gemeinsam mit den Sozialpartnern, der strengen Kündigungsschutzvorschriften für Arbeitnehmer mit Dauerverträgen und geringere Hindernisse für Entlassungen, um den Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse zu vermindern und die Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen.

6 FRANKREICH

Die Konjunktur festigte sich Mitte 1999, und der Aufschwung scheint inzwischen gut Tritt gefasst zu haben: Das Wachstum dürfte auch im Jahr 2000 kräftig bleiben und eine rege Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen, zumal der Beschäftigungsanteil des Wachstums in den letzten Jahren zugenommen hat. Wenngleich das Wachstum über der Potentialrate liegt, dürfte der Inflationsdruck aufgrund des verstärkten Wettbewerbs und der maßvollen Lohnerhöhungen doch gering bleiben.

Haushaltspolitik

Frankreich hat im Jahr 1999 sichtbaren Fortschritt bei der Verbesserung seiner Haushaltslage erzielt. Das Defizit des Gesamtstaates fiel auf 1,8 % des BIP, das ist ein halber Prozentpunkt weniger als das in dem ursprünglichen Stabilitätsprogramm gesetzte Ziel. Gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm soll eine Politik der weiteren Rückführung der Defizitquote in den Jahren 2000 und danach verfolgt werden. Dies ergäbe sich aus einer straffen Kontrolle der Ausgaben, die auch eine Verringerung der Abgabenbelastung erlauben sollte. Auf mittlere Sicht werden die öffentlichen Finanzen Frankreichs, insbesondere das System der Alterssicherung und die Krankenversicherung, mit einer zunehmenden Belastung aufgrund der Alterung der Bevölkerung konfrontiert werden. Als eine erste Antwort auf dieses Problem ist 1999 ein Rentenreservefonds geschaffen worden. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Zurückführen des öffentlichen Defizits im Jahr 2000 auf einen Wert, der deutlich unter dem im aktualisierten Stabilitätsprogramm festgesetzten Wert liegt, da das Defizitergebnis im Jahr 1999 besser ausgefallen ist als geplant und die Aussichten für das Wachstum gut sind;

ii) umgehendes Ergreifen von Korrekturmaßnahmen, falls es zu merklichen Verfehlungen der im aktualisierten Stabilitätsprogramm festgelegten Ausgabenziele für spezifische Sektoren kommt; wo möglich, Durchführen solcher Korrekturmaßnahmen im selben oder spätestens im darauf folgenden Jahr;

iii) Nutzung der Gelegenheit, das Defizit im Falle eines größeren haushaltspolitischen Spielraums rascher abzubauen, um die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumspakts vielleicht sogar im Jahr 2000 oder 2001 bequemer zu erfüllen; und

iv) Ausrichten der ab 2000 geplanten Rentenreform auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, wobei Aspekten der gerechten Lastenverteilung — auch zwischen den Generationen — Rechnung zu tragen ist.

Produktmärkte

Frankreich ist vergleichsweise gut in die europäischen Produktmärkte integriert. In letzter Zeit wurden die Strukturreformen beschleunigt, so dass sich das Wettbewerbsumfeld verbessert hat und der bürokratische Aufwand für Unternehmen vermindert wurde. Die nunmehr günstigere makroökonomische Lage bietet Frankreich Gelegenheit zu weiteren Reformen. In Anbetracht dessen sollte Frankreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) bessere Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien, die vergleichsweise unzulänglich ist und sich in letzter Zeit verschlechtert hat; Lösung von Problemen bei der Anwendung der Binnenmarktvorschriften und weitere Anstrengungen für mehr Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen;

ii) Vermeidung hoher Ad-hoc-Beihilfen, wie sie in jüngster Vergangenheit bewilligt wurden;

iii) Ausweitung der bereits angelaufenen Liberalisierung der netzgebundenen Wirtschaftszweige, insbesondere des Energiesektors; und

iv) weitere Anstrengungen zur Vereinfachung der Formalitäten für Unternehmen und zur Förderung von Innovationen.

Kapitalmärkte

Der französische Kapitalmarkt ist ausgereift und effizient. Nach der Einführung moderner Technologien, der Gründung eines Markts für wachstumsstarke Unternehmen, der Privatisierung und der Einführung steuerlicher Maßnahmen zur Förderung von Eigenkapitalinvestitionen hat sich der Aktienmarkt in den 90er Jahren dynamisch entwickelt. Verschiedene Maßnahmen wurden ergriffen, um Risikokapital zu fördern. Allerdings muss der Risikokapitalmarkt, obgleich er in letzter Zeit gewachsen ist, weiterentwickelt werden. In Anbetracht dessen sollte Frankreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Erleichterung von Investitionen institutioneller Anleger in die Märkte für Eigenkapital und Wagniskapital und

ii) besondere Beachtung der in der Risikokapitalmitteilung vom Oktober 1999 enthaltenen Beispiele für empfehlenswerte Verfahren zur Verbesserung des steuerlichen Rahmens, zur verbesserten Durchsetzung des Konkursrechts und zur Förderung von Mitarbeiterbeteiligungsregelungen.

Arbeitsmärkte

Der Arbeitsmarkt hat sich in Frankreich in den letzten Jahren deutlich verbessert, auch wenn die Arbeitslosenquote mit 10,6 % der Erwerbspersonen Ende 1999 weiterhin zu den höchsten in der Union gehört. Der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit ist sogar besonders deutlich gewesen, nachdem substantielle Maßnahmen allmählich ihre Wirkung entfalteten. Der Nominallohnanstieg blieb gedämpft, obgleich die Arbeitskräftenachfrage in letzter Zeit zugenommen hat. Die künftigen Lohnentwicklungen müssen genau überwacht werden, da hierbei weiterhin die Effekte der allmählichen Einführung der 35-Stunden-Woche berücksichtigt werden. Die effektive Abgabenbelastung des Faktors Arbeit ist relativ hoch, die Nettoersatzrate ist relativ großzügig, und das regulatorische Umfeld könnte gelockert werden. In Anbetracht dessen sollte Frankreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Fortsetzung und Bewertung der Maßnahmen zur Verringerung der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit, vor allem unqualifizierter und gering bezahlter Arbeit, und in diesem Zusammenhang Überprüfung der Leistungssysteme, um dem Entstehen von Armutsfallen vorzubeugen;

ii) Überprüfung der Kündigungsschutzvorschriften, um ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung zu überprüfen; und

iii) genaue Überwachung der Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche, um mittelfristig nachteilige Auswirkungen auf die Lohnkosten, das Arbeitskräfteangebot und die Arbeitsorganisation zu vermeiden.

7 IRLAND

Das BIP-Wachstum war 1999 abermals außergewöhnlich gut und dürfte auch im Jahr 2000 kräftig, wenn auch niedriger, ausfallen, da die Zuwachsrate der Endnachfrage hoch bleibt. Die derzeitige Beschleunigung der Inflation ist zum Teil auf Einmalfaktoren zurückzuführen, und die grundlegende Preisentwicklung könnte sich in Grenzen halten, doch sind insbesondere auf dem Arbeitsmarkt Überhitzungserscheinungen zu erkennen. Angebotsengpässe könnten daher auf kurze Sicht eine Gefahr sowohl für die Preisentwicklung als auch für das Wirtschaftswachstum darstellen.

Haushaltspolitik

Im Jahr 1999 wurde bei den öffentlichen Finanzen wiederum ein deutlicher Überschuss verbucht, er wird mit 2 % des BIP angesetzt. Im Stabilitätsprogramm werden für die kommenden Jahre weiterhin Überschüsse erwartet. In der Wirtschaft gibt es nun sichere Anzeichen für einen steigenden Inflationsdruck und für das Auftreten von Angebotsengpässen sowohl physischer Art, unter anderem bei der Infrastruktur, als auch auf dem Arbeitsmarkt. In Anbetracht dessen sollte die Haushaltspolitik sich als Ziel vornehmen:

i) Bereitschaft zum Einsatz der Haushaltspolitik, bereits im Jahr 2000, um angesichts der Überhitzungserscheinungen wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten; Ausrichtung des Haushalts 2001 auf dieses Ziel;

ii) Begrenzen des Anstiegs der realen Konsumausgaben des Staates von schätzungsweise 4,3 % im Jahr 1999 auf 2,7 % im Jahr 2002 gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm und

iii) hohe Priorität für die Ziele des „National Development Plan“, da die Infrastrukturbedürfnisse einer kräftig wachsenden Volkswirtschaft erfüllt und gleichzeitig die finanzpolitischen Stabilitätsziele erreicht werden müssen.

Produktmärkte

Die irische Wirtschaft ist sehr gut in die übrige EU integriert. Trotz des letzthin raschen Anstiegs der Mieten und Preise für Wohnungen sowie der Preise für einige Dienstleistungen sind die Preise vergleichsweise niedrig, und die Produktivität ist hoch. In den letzten Jahren wurden verschiedene Reformen an den Produktmärkten durchgeführt. Bei der Entwicklung von Wettbewerb im Telekommunikationssektor hat es Fortschritte gegeben, Strom- und Gasmärkte sollen allmählich dem Wettbewerb geöffnet werden, und die Regierung setzt inzwischen auch Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ein, um die Effizienz des öffentlichen Sektors zu verbessern. Die öffentlichen Forschungsausgaben sind relativ niedrig, doch sollen die Haushaltsmittel für FuE erheblich aufgestockt werden. In Anbetracht dessen sollte Irland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Ermächtigung der Wettbewerbsbehörde zur Durchsetzung der Artikel 81 und 82 EG-Vertrag; tatsächlicher Bedeutungszuwachs für die Wettbewerbspolitik bei der Reform des Wettbewerbsrechts, die in diesem Jahr ausgearbeitet werden soll und sich nicht auf verfahrenstechnische Fragen beschränken darf; und

ii) Maßnahmen zur weiteren Liberalisierung des Verkehrssektors, insbesondere Einführung von Wettbewerb im städtischen Busverkehr und bei der Eisenbahn, z. B. mittels Franchising.

Kapitalmärkte

Die Kapitalmärkte entwickeln sich gut, und die Kapitalisierung des Aktienmarktes hat sich im Verhältnis zum BIP in den letzten fünf Jahren verdoppelt. Die Zahl der börsennotierten Unternehmen ist allerdings nach wie vor klein. Verschiedene Maßnahmen zur Förderung von Wagniskapital wurden ergriffen, und die Finanzierung hat sich von öffentlichen Trägern hin zu privaten Investoren verlagert. Investitionen, die sich traditionell auf spätere Phasen (Unternehmenserweiterungen) konzentrierten, wurden zunehmend auf die Finanzierung der Markteinführung gerichtet. Allerdings ist das Investitionsniveau insgesamt immer noch niedrig. In Anbetracht dessen sollte Irland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Anstrengungen insbesondere zur Förderung von Wagniskapital für die Finanzierung der Anlaufphase und von Markteinführungen.

Arbeitsmärkte

Die derzeitige Arbeitsmarktlage in Irland ist durch kräftiges Beschäftigungswachstum und Arbeitslosenquoten, die sich Allzeittiefs nähern, gekennzeichnet. Die Erwerbstätigenquote entspricht dem Durchschnitt des Euro-Gebiets, die Erwerbsbeteiligung von Frauen nimmt zu, und jüngste Trends deuten auf einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit hin. Während demographische Faktoren weiterhin dazu beitragen werden, dass die Erwerbsbevölkerung wächst, gibt die Arbeitsmarktlage insgesamt Anlass zu der Besorgnis, dass ein sich anspannender Arbeitsmarkt das Wirtschaftswachstum bremsen könnte. In Anbetracht dessen sollte Irland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Überwachung der Lohnentwicklungen, um sicherzustellen, dass sie mit der unlängst geschlossenen nationalen Lohnmäßigungsvereinbarung („pay and partnership agreement"), dem Programm für Wohlstand und Gerechtigkeit, als der notwendigen Mindestbasis für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum so weit nur möglich im Einklang stehen; und

ii) Festlegung einer umfassenden Strategie zur Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen, einschließlich der Beseitigung steuerlicher Hemmnisse, die Einführung von Maßnahmen zur Vereinfachung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, vor allem flexibler Urlaubsregelungen sowie Bemühungen zur Verbesserung des Angebots für die Betreuung von Kindern und anderen abhängigen Angehörigen.

8 ITALIEN

Seit der zweiten Hälfte des letzten Jahres hat sich das Wirtschaftswachstum in Italien deutlich beschleunigt und dürfte 2000-2001 robust bleiben. Wachstumsmotor ist die Binnennachfrage, und der Außenbeitrag verbessert sich. Ungeachtet einer besseren Arbeitsmarktflexibilität bleibt die Arbeitslosigkeit hoch.

Haushaltspolitik

Italien verringerte 1999 sein gesamtstaatliches Haushaltsdefizit auf 1,9 % des BIP, damit leicht besser als das ursprüngliche Ziel von 2,0 %. Dennoch war der Primärüberschuss geringer als erwartet (4,9 % des BIP anstatt von 5,5 %), und die öffentliche Schuld blieb auf dem hohen Niveau von 114,9 % des BIP. Das aktualisierte Stabilitätsprogramm sieht eine weitere Verringerung der Defizitquote auf 0,1 % im Jahr 2003 voraus. Die Verringerung des Defizits wäre das Ergebnis strenger Ausgabenkontrollen, die zugleich eine Verringerung der Abgabenbelastung erlauben. Mittelfristig stehen die italienischen öffentlichen Finanzen und speziell das Rentensystem einer steigenden Belastung durch die Alterung der Bevölkerung gegenüber. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) Erreichen besserer Haushaltsergebnisse als geplant, falls das Wachstum kräftiger ausfallen sollte als in dem Programm veranschlagt, und dadurch Beschleunigung des Abbaus der immer noch hohen Schuldenquote im Verhältnis zum BIP in Richtung auf den Referenzwert von 60 %;

ii) zumindest das Erreichen eines Primärüberschusses von 5,0 % des BIP in den Jahren 2000 und 2001, wie im aktualisierten Stabilitätsprogramm vorgesehen, und zwar vermöge einer strengen Kontrolle der laufenden Primärausgaben;

iii) Begrenzung des erwarteten Anstiegs des Verhältnisses Rentenausgaben zu BIP auf mittlere Sicht; dazu so bald als möglich Beginn einer Überprüfung des Rentensystems und Einleiten weiterer Schritte zur Reform des Rentensystems, u. a. durch Förderung des stärkeren Einsatzes kapitalgedeckter Altersversorgungsregelungen; und

iv) energische Durchführung des geplanten Privatisierungsprogramms und weitere Verwendung der Privatisierungserlöse zum weiteren Abbau der Staatsschulden.

Produktmärkte

Verglichen mit anderen großen Mitgliedstaaten ist Italien weniger stark in die europäischen Produktmärkte integriert. Das internationale Engagement der italienischen Unternehmen ist geringer, als von einem Land dieser Größe zu erwarten. Die Preise jedoch liegen in Italien erheblich unter dem EU-Durchschnitt, und die Produktivitätsergebnisse entsprechen in etwa denen Frankreichs und Deutschlands. Verschiedene Reformen wurden durchgeführt und haben zur Verbesserung der Funktionsweise der Produktmärkte beigetragen, insbesondere im Bereich der Privatisierung und Liberalisierung der öffentlichen Versorgungsbetriebe und beim Abbau der Belastungen der KMU durch die öffentliche Verwaltung. In Anbetracht dessen sollte Italien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Fortschritte bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und Intensivierung der Bemühungen um Lösungen für die verbleibenden Probleme im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens;

ii) stärkere Bemühungen um einen weiteren Abbau des Gesamtvolumens der nichtagrarischen staatlichen Beihilfen und um eine Verbesserung ihrer Struktur, denn das Verhältnis dieser Beihilfen zum BIP ist nach wie vor unter den höchsten in der EU;

iii) Verstärkung der Bemühungen zur Vereinfachung des regulatorischen Rahmens für Unternehmen und Aufbau zentraler Anlaufstellen („One-Stop-shops“) und

iv) Stärkung der Initiativen zur Förderung von FuE und Innovationen, da das Verhältnis FuE/Aufwendungen zu BIP sehr niedrig ist.

Kapitalmärkte

Erhebliche Fortschritte wurden in Italien bei der Entwicklung tieferer und stärker integrierter Finanzmärkte und eines Marktes für Risikokapital erzielt. Die italienischen Aktienmärkte expandieren rasch, u. a. wegen des auf breiter Front laufenden Privatisierungsprogramms. Auch in den Bereichen Wagniskapital und privates Eigenkapital fand in den letzten Jahren eine rasche Expansion statt, und die Schaffung des Nuovo Mercato wird diese Entwicklung weiter fördern. Der Wagniskapitalmarkt ist jedoch nach wie vor unterentwickelt. In Anbetracht dessen sollte Italien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Fortsetzung der Bemühungen zur Förderung des Einsatzes von Risikokapital, insbesondere durch weitere Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Risikokapitalaktivitäten, die Erleichterung der Anlagen institutioneller Anleger in Aktien- und Wagniskapital und durch eine Reform des Konkursrechts.

Arbeitsmärkte

Trotz einiger Verbesserungen in jüngster Zeit ist die Arbeitsmarktlage mit einer niedrigen Erwerbstätigenquote, einer hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und einem ausgeprägten Regionalgefälle nach wie vor schwierig. Segmentierte Arbeitsmärkte, ein großes Gewicht der Schattenwirtschaft und die ungleiche Verteilung der Arbeitslosigkeit zwischen Arbeitsmarktgruppen und Regionen deuten auf strukturelle Probleme hin. Viele strukturelle Gegebenheiten sind beschäftigungshemmend, so die hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und lockere Sozialleistungsregelungen in Verbindung mit strengen Kündigungsschutzvorschriften. Während erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, um die Abgabenbelastung der Arbeit zu verringern, die Verwaltung zu modernisieren und neue Formen von Arbeitsverträgen einzuführen, tragen diese Maßnahmen noch nicht in vollem Umfang Früchte. All diese Anstrengungen müssen unbedingt durch umfassende Strukturmaßnahmen ergänzt werden. In Anbetracht dessen sollte Italien Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Verbesserung des Arbeitslosenhilfesystems und gleichzeitig Einführung von mehr Flexibilität im Bereich des Kündigungsschutzes und Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Renten und anderer Sozialleistungen, bei Sicherstellung angemessener Anforderungen an die Verfügbarkeit der Arbeitskräfte zur Annahme von Arbeitsplatzangeboten und von Anreizen zur Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktprogrammen;

ii) weitere Förderung der Arbeitsmarktflexibilität und insbesondere Intensivierung der Bemühungen um eine Förderung von Lohnflexibilität entsprechend dem Arbeitsproduktivitätsgefälle insbesondere zwischen den Regionen und

iii) weitere Bemühungen um eine Verringerung der Abgabenbelastung der Arbeit und eingehende Beobachtung der Entwicklung in diesem Bereich, insbesondere der Auswirkungen der befristeten Steuer- und Sozialbeitragsmaßnahmen zugunsten benachteiligter Arbeitsmarktgruppen und Regionen.

9 LUXEMBURG

Trotz ungünstiger außenwirtschaftlicher Entwicklungen war das reale BIP-Wachstum 1999 besonders kräftig und dürfte dies auch bleiben. Die Arbeitslosigkeit ist weiter auf sehr niedrigem Stand; einen gewissen Aufwärtsdruck gibt es bei der Preisniveauentwicklung.

Haushaltspolitik

Aufgrund des raschen Wirtschaftswachstums und der sich daraus ergebenden dynamischen Staatseinnahmen hat die Luxemburger Regierung seit mehreren Jahren wiederholt komfortable Haushaltsüberschüsse verzeichnet. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) intensive Kontrolle der laufenden Ausgaben des Staates, so dass die Haushaltsziele leichter zu erreichen sind und Spielraum für eine Verringerung der Abgabenbelastung entsteht, wie es im aktualisierten Stabilitätsprogramm vorgesehen ist; und

ii) Verknüpfung einer soliden Haushaltsführung mit Reformen, insbesondere im Bereich der Sozialversicherung, die zur Sicherung der langfristigen Bestandsfähigkeit des Systems und zur Bewältigung der Herausforderung einer alternden Bevölkerung erforderlich sind.

Produktmärkte

Die Luxemburger Wirtschaft ist sehr gut in die europäischen Produktmärkte integriert und weist hervorragende makroökonomische Ergebnisse auf, doch sind strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Funktionsweise der Produktmärkte weniger gut vorangekommen. Einige Fortschritte jedoch sind in Sicht. Besonders zu begrüßen sind die Aufhebung der meisten Komponenten der Preisregulierung und die Einschränkung des Anwendungsbereiches des Regionalbeihilfesystems, die in naher Zukunft erfolgen dürfte. In Anbetracht dessen sollte Luxemburg Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) beschleunigte Umsetzung der Binnenmarktvorschriften, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Kraftfahrzeuge, Pflanzengesundheitskontrollen und Soziales;

ii) Verabschiedung eines neuen Wettbewerbsgesetzes, das eine effizientere Wettbewerbspolitik der Behörden erlaubt, indem es sie ermächtigt, die Artikel 81 und 82 des EG-Vertrags durchzusetzen; und

iii) Schaffung der Voraussetzungen für ein weiteres Aufholen bei den jüngsten Entwicklungen in der Informationsgesellschaft, insbesondere angesichts des Umstandes, dass für ein Land mit hohem Lebensstandard spät mit der Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien begonnen wurde.

Arbeitsmärkte

Die Arbeitsmarktergebnisse Luxemburgs sind gut, mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und der höchsten Erwerbstätigenquote der EU, die jedoch stark von Grenzgängern beeinflusst wird. Auf Inländer bezogen, ist die Erwerbstätigenquote nicht bemerkenswert hoch, mit einer niedrigen Erwerbsbeteiligungsquote von Frauen und älteren Arbeitnehmern. Zwar gibt es beim Funktionieren der Arbeitsmärkte keine größeren Probleme, doch sind einige zugrunde liegende Strukturen der Abgaben- und Sozialleistungssysteme weniger günstig für die Förderung der Beschäftigung. In Anbetracht dessen sollte Luxemburg Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Überprüfung des Abgaben- und Sozialleistungssystems im Hinblick auf eine Beseitigung von Hemmnissen für die Erwerbsbeteiligung und weitere Anstrengungen zur Erhöhung der nationalen Erwerbstätigenquote, insbesondere derjenigen von Frauen und älteren Arbeitnehmern.

10 NIEDERLANDE

Die Konjunktur ließ 1999 kaum gegenüber 1998 nach, als eine hohe Wachstumsrate erzielt wurde; die Beschäftigung nahm daher weiter rasch zu, und die registrierte Arbeitslosigkeit ging auf einen seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr erlebten Stand zurück. Infolge der verbesserten außenwirtschaftlichen Bedingungen dürfte sich das Wachstum im Jahre 2000 beschleunigen. Rasches Wachstum und eine allmählich zunehmende Anspannung auf dem Arbeitsmarkt erfordern eine aufmerksame Beobachtung der Preise und vor allem der Löhne, die nunmehr schneller als in den Nachbarländern steigen.

Haushaltspolitik

Starkes Wirtschaftswachstum verstärkte die Staatseinnahmen im Jahr 1999, so dass sich das Haushaltsdefizit, für das zu Beginn des Jahres allgemein ein Anstieg erwartet wurde, letztlich zu einem Haushaltsüberschuss von 0,5 % des BIP wandelte. Seit Mitte der 90er Jahre bestand die niederländische Haushaltsstrategie darin, Obergrenzen für das Wachstum der Staatsausgaben festzusetzen, um die Abgabenbelastung und das öffentliche Defizit gleichzeitig zu verringern. Eine große Steuerreform, bestehend aus einer Verringerung der direkten Steuern und einem Anstieg der indirekten Besteuerung, ist für 2001 geplant. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) Stärkung der Finanzlage der öffentlichen Hand im Jahre 2000 und in den folgenden Jahren unter Berücksichtigung des bereits 1999 erzielten Haushaltsüberschusses und des gegenwärtig kräftigen Wirtschaftswachstums sowie des etwaigen Inflationsdrucks und 1999 erzielten Ergebnisses,

ii) strikte Kontrolle der öffentlichen Ausgaben im Jahre 2001, so dass sich die Haushaltslage infolge der steuerreformbedingten Einnahmenverluste lediglich in begrenztem Maße und vorübergehend verschlechtert.

Produktmärkte

Die Niederlande sind sehr gut in die europäische Wirtschaft integriert, und ihre Produktmärkte funktionieren relativ gut. Die durchgeführten Strukturreformen erweisen sich als wirkungsvoll, auch wenn es noch einige Probleme mit der Umsetzung und Anwendung der Binnenmarktvorschriften gibt (im Bereich Verkehr). Die Wettbewerbspolitik sollte weiter ausgebaut, die Liberalisierung der Postdienste, des Energie- und des Verkehrssektors stärker vorangetrieben werden. Der private Anteil an der FuE-Finanzierung ist relativ gering, der Technologietransfer zwischen öffentlicher und privater Forschung immer noch unzureichend. In Anbetracht dessen sollten die Niederlande Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Fortschritte bei der Durchsetzung der Richtlinien über öffentliche Aufträge, denn der Anteil der im Amtsblatt ausgeschriebenen Aufträge am Gesamtvolumen der öffentlichen Aufträge ist unter den niedrigsten in der Union;

ii) Fortführung der Regulierungsreform und des Privatisierungsprozesses, die das Einführen von Wettbewerb in netzgebundenen Wirtschaftszweigen erlauben; insbesondere Gewährleistung des Zugangs zum Kabelnetz zur Vorbeugung gegen den Missbrauch marktbeherrschender Stellungen einzelner Kabeluntemehmen bei Rundfunk- und Fernseh-, Telefon- und Internetdiensten; Beschleunigung der Umsetzung der Binnenmarktrichtlinien im Verkehrsbereich und

iii) Förderung der Beteiligung des privaten Sektors an FuE und des Technologietransfers zwischen öffentlicher und privater Forschung.

Kapitalmärkte

Der niederländische Aktienmarkt und Wagniskapitalmarkt sind reife, wettbewerbsorientierte Märkte. Der Wagniskapitalmarkt hat sich in den letzten Jahren, teilweise wegen günstiger steuerlicher Bedingungen, kräftig entwickelt. Das Volumen von Investitionen zur Finanzierung von Markteinführungen ist jedoch noch relativ begrenzt. In Anbetracht dessen sollten die Niederlande Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) schwerpunktmäßige Förderung der Finanzierung von Markteinführungen; Berücksichtigung der in der Risikokapitalmitteilung von 1999 aufgeführten empfehlenswerten Verfahren bei der Förderung innovativer Mitarbeiterbeteiligungssysteme, u. a. mittels Aktienoptionen.

Arbeitsmarkt

Bei den Beschäftigungsergebnissen liegen die Niederlande seit einigen Jahren in der EU auf einem der vordersten Plätze, was weitgehend durch die Umsetzung einer umfassenden Strukturreformstrategie bewirkt wurde. Durch Reformen des Abgaben- und Sozialleistungssystems wurden die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit verringert und bessere Anreize zur Arbeitsaufnahme geschaffen. Durch spezifische Maßnahmen wurde das Arbeitskräfteangebot seitens bestimmter Gruppen — wie ältere Bürger und unter Erwerbsunfähigkeitsregelungen fallende Personen — erhöht. Erhebliche Strukturungleichgewichte bestehen jedoch nach wie vor fort, denn ein hoher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter empfängt passive Leistungen wegen Arbeitslosigkeit oder Erwerbsunfähigkeit. In Anbetracht dessen sollten die Niederlande Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Fortsetzung der Bemühungen um eine Verbesserung des Abgaben- und Sozialleistungssystems im Hinblick auf die Beseitigung von Hemmnissen für die Erwerbsbeteiligung, insbesondere was Frauen und ältere Arbeitnehmer anbelangt; darüber hinaus sollten entschiedene Anstrengungen unternommen werden, die große Zahl der Personen zu verringern, die, gestützt durch passive Einkommenssicherungssysteme, außerhalb des Arbeitsmarktes bleiben.

11 ÖSTERREICH

Österreich erlebt zurzeit eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, die durch ein ausgewogenes Anziehen aller Nachfragekomponenten und insbesondere einen robusten privaten Verbrauch getragen wird. Die Beschäftigung dürfte weiter steigen und sich bei weiterhin elastischem Arbeitskräfteangebot teilweise in einer Verringerung der Arbeitslosigkeit niederschlagen.

Haushaltspolitik

Österreich hat 1999 einige Fortschritte bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen erzielt. So sank das Haushaltsdefizit auf 2,0 % des BIP, dem Ziel des ursprünglichen Stabilitätsprogramms. Vor dem Hintergrund einer markanten Steuerentlastung im Rahmen der Einkommensteuerreform strebt das aktualisierte Stabilitätsprogramm ein gesamtstaatliches Haushaltsdefizit von 1,7 % des BIP für das Jahr 2000 an, mit einer weiteren Verringerung daran anschließend. Dies wird allerdings mit der Hilfe von Einmalmaßnahmen in beträchtlicher Höhe erreicht werden. Um eine dauerhafte Verbesserung des Staatskontos in der mittelbis langfristigen Sicht zu erreichen, sind im aktualisierten Stabilitätsprogramm wesentliche Strukturmaßnahmen vorgesehen, mit besonderer Priorität im Alterssicherungs- und Gesundheitsbereich. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) zumindest das Erreichen eines niedrigeren Defizits als für das Jahr 2000 vorgesehen, insbesondere wenn das Wachstum kräftiger ausfallen sollte als erwartet; dies würde dazu beitragen, die Schuldenquote auf einen klaren Abwärtstrend zu bringen; Erzielen erheblicher Einsparungen auf der Ausgabenseite und strikte Ausgabenkontrolle beim Haushaltsvollzug, um so die Kosten der Reform der Einkommensteuer- und der Familienbeihilfe zu decken;

ii) Ersetzen der im Jahr 2000 ergriffenen Einmalmaßnahmen durch Maßnahmen anhaltender Natur, um die öffentlichen Finanzen auf einen dauerhaft tragfähigen Weg zu bringen; und

iii) Umsetzen der angekündigten Pensionsreform, mit der das durchschnittliche Ruhestandsalter ab Ende Jahr 2000 angehoben werden soll, und Verfolgen von Reformen, damit das vorwiegend umlagefinanzierte Alterssicherungssystem auf eine solidere Grundlage gestellt wird.

Produktmärkte

Zwar integriert sich Österreich rasch in den innereuropäischen Handel, doch ist das Engagement bei Direktinvestitionen im Ausland und grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen weiterhin nur unterdurchschnittlich aktiv. Bei den Produktmarktreformen geht Österreich eher vorsichtig vor. Einige Fortschritte sind jedoch bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften erzielt worden, beim Ausbau der Wettbewerbspolitik und der Liberalisierung des Telekommunikationssektors. Auch wurden einige Initiativen ergriffen, um die Verfahren für die Neugründung und die Übergabe von Unternehmen zu vereinfachen; für die FuE-Ausgaben wurde das ehrgeizige Ziel gesetzt, ihren Anteil am BIP 1998 von 1,6 % bis 2005 auf 2,5 % zu erhöhen. In Anbetracht dessen sollte Österreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Fortschritte bei der Umsetzung der EG-Richtlinien für das öffentliche Beschaffungswesen, insbesondere auf Bundesländerebene, wo es zu Verzögerungen gekommen ist;

ii) Beschleunigung der Reform der Regulierung in der Energie- und Verkehrswirtschaft, um wirksamen Wettbewerb auf dem jeweiligen Markt sicherzustellen; und

iii) Erhöhung der Beteiligung des privaten Sektors an FuE und Förderung des Technologietransfers zwischen öffentlicher und privater Forschung.

Kapitalmärkte

Die Regierung hat mehrere Reformen zur Förderung des Aktien- und des Risikokapitalmarkts unternommen. Der Aktienmarkt ist jedoch nach wie vor klein, und auch die Wagniskapitalanlagen sind von geringem Umfang — wenngleich hier eine rasche Zunahme zu verzeichnen ist — und konzentrieren sich eher auf Projektspätphasen. In Anbetracht dessen sollte Österreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Modernisierung der Aufsichtsregeln, Verbesserung der Unternehmensverfassung (corporate governance), unter anderem durch weitere Privatisierung und Entwicklung steuerlicher Anreize für Investitionen in Eigenkapital und Risikokapital; und

ii) Durchführung der Maßnahmen, die im Risikokapital-Aktionsplan von 1998 vorgeschlagen werden, insbesondere in Bezug auf die Besteuerung neuer Unternehmen und von Anlagen in Wagniskapital, das Insolvenz- und Konkursrecht und die Förderung des Einsatzes von Aktienoptionen.

Arbeitsmärkte

Die österreichischen Arbeitsmärkte erzielen relativ gute Ergebnisse. Die Arbeitslosigkeit ist gering, die Erwerbstätigenquote hoch. Bei älteren Arbeitnehmern jedoch liegt die Erwerbstätigenquote unter dem EU-Durchschnitt, teilweise bedingt durch die Fehlanreize, die durch die Vorruhestandsregelungen geboten werden. Kennzeichnend für den österreichischen Arbeitsmarkt ist auch die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, die als das Modell für viele andere Länder betrachtet werden kann. In Anbetracht dessen sollte Österreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) rasche Durchführung der angekündigten Reformen zur Anhebung des Zugangsalters für den Vorruhestand und Überprüfung der Leistungssysteme; Ergänzung der Rentenreform durch weitere Maßnahmen, durch die verhindert wird, dass die Gruppe der älteren Arbeitnehmer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen wird; und

ii) Fortsetzung der Bemühungen um eine Verringerung der Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere mit Hauptaugenmerk auf die Problemgruppen des Arbeitsmarktes.

12 PORTUGAL

Nachdem sich sowohl die Binnen- als auch die Auslandsnachfrage 1999 verlangsamt hatten, begann sich die Ausfuhr in der zweiten Jahreshälfte 1999 wieder zu erholen, was darauf hindeutet, dass sich die Konjunktur im Jahre 2000 beschleunigen dürfte. Auch im Jahre 2000 dürfte die Beschäftigung wieder kräftig steigen, jedoch etwas langsamer, da das Wachstum ausgewogener ist. Das Leistungsbilanzdefizit vergrößert sich, da die Verschuldung des Privatsektors rasch zugenommen hat.

Haushaltspolitik

Im Jahr 1999 sank das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit auf 2,0 % des BIP, dem Ziel des ursprünglichen Stabilitätsprogramms. Gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm soll eine Verringerung der Defizitquote auf 1,5 % des BIP im Jahr 2000 erreicht werden mit einer sich daran anschließenden weiteren Reduzierung. Die Verringerung des Haushaltsdefizits im Jahr 2000 wäre das Ergebnis eines steilen Anstiegs der Steuereinnahmen, resultierend aus einer effizienteren Steuereinziehung, der den geplanten Anstieg der gesamten Staatsausgaben überkompensiert. Um den Prozess der Budgetkonsolidierung mittelfristig zu unterstützen, sieht das aktualisierte Stabilitätsprogramm verschiedene Reformvorhaben vor; am bemerkenswertesten sind dabei die Einführung eines neuen Haushaltsrahmengesetzes, eines neues Sozialrentengesetzes und Maßnahmen in der Krankenversicherung. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) zumindest Verwirklichung des Defizitziels für das Jahr 2000 in Höhe von 1,5 % des BIP, was eine strikte Kontrolle der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen laufenden Primärausgaben voraussetzt; in diesem Zusammenhang sollte das im Haushaltsplan für 2000 eingefrorene Ausgabenvolumen nicht in Anspruch genommen werden, falls dies zur Erreichung des Defizitziels erforderlich ist, so dass etwaige Steuereinbußen abgefedert werden können;

ii) sicherstellen, dass die Haushaltspolitik zu einem ausgewogeneren Policy-mix beiträgt, um so die wichtigsten Ungleichgewichte in der portugiesischen Wirtschaft zu korrigieren; Erreichen eines rascheren Rückgangs der Defizitquote als geplant, um die Sicherheitsmarge zu erhöhen, damit Portugal im Falle eines Konjunkturabschwungs die automatischen Stabilisatoren wirksam werden lassen kann; und

iii) Genehmigung — vor Ablauf des Jahres 2000 — des neuen Haushaltsrahmengesetzes, das eine mehrjährige Finanzplanung vorsieht, so dass die mittelfristigen Haushaltswirkungen politischer Beschlüsse deutlicher zu Tage treten; rasche Durchführung verschiedener haushaltswirksamer Reformen, u. a. sowohl der angekündigten Maßnahmen im Gesundheitswesen als auch des neuen Sozialrentengesetzes zur Stärkung der Finanzlage der Sozialversicherung, so dass sich das Problem der Alterung der Bevölkerung besser bewältigen lässt.

Produktmärkte

Die portugiesische Wirtschaft ist einigermaßen gut in die europäischen Produktmärkte integriert. Das internationale Engagement der portugiesischen Unternehmen ist relativ schwach. Bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und der Liberalisierung des Telekommunikations- und Energiesektors wurden Fortschritte erzielt. Produktivität und die für FuE aufgebrachten Mittel sind allerdings weiterhin mit am niedrigsten in der EU. In Anbetracht dessen sollte Portugal Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Bemühungen zur besseren Umsetzung der Binnenmarktvorschriften, insbesondere im Verkehrswesen, da die Umsetzungsergebnisse trotz der erzielten Fortschritte immer noch gering sind;

ii) Abbau der staatlichen Beihilfen und Maßnahmen zur stärkeren Anpassung des Wettbewerbsrechts an das EU-Recht und zur Stärkung der Unabhängigkeit der Wettbewerbsbehörde;

iii) sorgfältiges Beobachten der Wirksamkeit der verschiedenen Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die öffentlichen Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, und weiteres Senken der mit öffentlichen Verwaltungsverfahren verbundenen Kosten in Anbetracht des hohen Beschäftigungsanteils der KMU; und

iv) Fortsetzung der Bemühungen zur Förderung von FuE und der Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere über Anreize zur Erhöhung des FuE-Engagements des Privatsektors.

Kapitalmärkte

Infolge eines breit angelegten Privatisierungsprozesses, der Einführung des Euro und der Umstellung auf den vollelektronischen Handel hat der portugiesische Aktienmarkt an Reife, Tiefe und Effizienz gewonnen. Auch wurden bei der Anwendung der EG-Finanzdienstleistungsrichtlinien Fortschritte erzielt. Trotz der Initiative zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital ist das Volumen der Wagniskapitalanlagen nach wie vor niedrig und stark von öffentlichen Finanzbeiträgen abhängig. Aufgrund dessen sollte Portugal folgendem Ziel hohe Priorität einräumen:

i) Fortsetzung der Bemühungen zur Entwicklung von Wagniskapitalbeteiligungen, unter anderem durch eine mögliche Überprüfung der steuerlichen Rahmenbedingungen, durch die sich die relativen Kosten von Risikokapital im Vergleich zu anderen Finanzinstrumenten verringern.

Arbeitsmärkte

In Bezug auf die Arbeitsmärkte hat Portugal bessere Ergebnisse als viele andere Mitgliedstaaten vorzuweisen. Die Erwerbstätigenquote ist, nach Vollzeitäquivalenten berechnet, eine der höchsten in der EU. Eines der ernstesten Probleme im Zusammenhang mit dem weiteren Aufholprozess der portugiesischen Wirtschaft besteht in dem niedrigen Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Zwar hat sich der Ausbildungsstand der jüngeren Arbeitnehmer gegenüber den älteren Generationen erheblich gebessert, doch liegt er immer noch weit hinter anderen Mitgliedstaaten zurück. Kündigungsschutzvorschriften in Portugal gelten als relativ streng. Aufgrund dessen sollte Portugal folgenden Zielen hohe Priorität einräumen:

i) Verbesserung der Schul- und Berufsbildung, insbesondere auch der Technologie-Kurse und der flächendeckenden schulischen Betreuung vor der Grundschule, um die Vermittelbarkeit der Arbeitskräfte und die Anpassungsfähigkeit der Erwerbsbevölkerung zu erhöhen, begleitet durch ein angemessenes Sozialleistungssystem, das geeignete Anreize zur Teilnahme an aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen und zur Annahme von Arbeitsplatzangeboten bietet;

ii) Fortführung der Politik, die durch Verabschiedung verschiedener Gesetze zu besseren Arbeitsmarktergebnissen führen soll, unter anderem durch Lockerung der Kündigungs- und Stellenzuweisungsvorschriften, die Einführung flexibler Arbeitszeiten, im Hinblick auf Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität; und

iii) Förderung der Sozialpartnerschaft im Hinblick auf die Modernisierung des Arbeitsmarkts.

13 FINNLAND

Das rasche Wirtschaftswachstum der letzten Jahre wurde von einer lebhaften Ausfuhrtätigkeit mit dem Schwerpunkt Hochtechnologieprodukte angestoßen; die Binnennachfrage hat sich von der früheren Rezession erholt, und die Beschäftigung weitet sich aus, auch wenn die — zumeist strukturell bedingte — Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch ist. Das kräftige Wachstum hat zusammen mit einer strengen Kontrolle der Haushaltsausgaben zu einer äußerst erfolgreichen Haushaltskonsolidierung geführt. Angesichts der Perspektiven eines anhaltend kräftigen Wachstums besteht nunmehr jedoch die merkliche Gefahr einer Konjunkturüberhitzung.

Haushaltspolitik

Der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss stieg von 1,3 % im Jahr 1998 auf 2,3 % des BIP im Jahr 1999 an. Gemäß dem aktualisierten Stabilitätsprogramm soll der Haushaltsüberschuss in dem Zeitraum 2000 bis 2003 über 4 % des BIP bleiben, dabei wird der Überschuss der zentralstaatlichen Ebene den Hauptbeitrag zu dieser Veränderung leisten. Das tatsächliche Profil des Überschusses wird von der Zeitplanung für Reduzierungen von Abgaben auf den Faktor Arbeit abhängen, die die Regierung bis zum Jahr 2003 um 1½ % des BIP kürzen möchte. Haushaltsüberschüsse sind wegen der Notwendigkeit, sich auf eine rasch alternde Bevölkerung vorzubereiten, gerechtfertigt. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) Beibehalten — angesichts der zunehmenden Überhitzungsgefahren — des im Haushaltsplan für 2000 niedergelegten straffen haushaltspolitischen Kurses und Bereitschaft bereits im Jahr 2000 zu einer weiteren Straffung, sollten sich diese Gefahren stärker konkretisieren;

ii) weiteres Erhöhen des öffentlichen Überschusses durch eine Verringerung der Staatsquote; hierzu sind die im März 2000 bekannt gegebenen Leitlinien für die Ausgaben des Zentralstaates in den Jahren 2001 bis 2004 streng zu beachten; und

iii) Fortsetzen des Abbaus der hohen Abgabenbelastung des Faktors Arbeit, wie in den Jahren 1999 und 2000, bei gleichzeitigem Umbau des Abgabensystems mit dem Ziel der Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Produktmärkte

Die Integration der finnischen Wirtschaft in die europäischen Produktmärkte hat sich seit dem EU-Beitritt des Landes verbessert. Bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften und der Liberalisierung des Telekommunikationssektors und der Stromwirtschaft wurden rasch erhebliche Fortschritte erzielt. Die ohnehin bereits bedeutsamen Anstrengungen im Bereich FuE sind seit Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts weiter gesteigert worden. Allerdings besteht Spielraum zu Verbesserungen mit Blick auf die Preise und die Produktivität der finnischen Wirtschaft, wenn das Problem des in einigen Sektoren unzureichenden Wettbewerbs gelöst wird. In Anbetracht dessen sollte Finnland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Verstärkung des Wettbewerbs in verschiedenen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Vertrieb; Prüfen einer Reform des Wettbewerbsrechts, um den nationalen Wettbewerbsbehörden im Einklang mit dem Weißbuch der Kommission über die Modernisierung der Wettbewerbspolitik mehr Befugnisse einzuräumen; und

ii) weitere Öffnung der Märkte für öffentliche Dienstleistungen, was zu niedrigeren Kosten und höherer Qualität führen dürfte.

Kapitalmärkte

Der finnische Aktienmarkt ist in den letzten Jahren stark expandiert, sowohl der Marktkapitalisierung als auch der Anzahl der notierten Unternehmen nach. Der Wagniskapitalmarkt ist aktiv, und die jüngst erfolgte Schaffung eines Marktes für schnellwachsende Unternehmen wird die Entwicklung von Risikokapitalbeteiligungen weiter begünstigen. Jedoch sollten weitere Bemühungen zur Förderung dieses Bereichs unternommen werden. In Anbetracht dessen sollte Finnland Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) besondere Beachtung der in der Risikokapitalmitteilung von Oktober 1999 aufgeführten empfehlenswerten Verfahren in den Bereichen Konkursrecht und Förderung innovativer Mitarbeiterbeteiligungsregelungen und

ii) Fortsetzung der Maßnahmen zur Förderung der Anlagetätigkeit institutioneller Investoren auf dem Eigenkapitalmarkt.

Arbeitsmärkte

Die Arbeitsmarktlage hat sich 1999 erheblich verbessert, u. a. war ein vergleichsweise starker Rückgang bei der Langzeitarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die Arbeitslosenquote liegt aber immer noch über dem EU-Durchschnitt; noch wichtiger ist, dass die Arbeitslosigkeit fast völlig strukturell bedingt ist. Andere große Probleme sind die starke Sozialleistungsabhängigkeit der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit und eine wenig differenzierte Lohnstruktur. Seit kurzem kommt es zu überdurchschnittlich starken inflationären Spannungen, da die Lohnzurückhaltung nachlässt und in einigen Branchen (Informationstechnologie, Bauwirtschaft) und in großen Städten Arbeitskräfte knapp werden. Es wurden erhebliche Bemühungen beim Abbau der Abgabenbelastung der Arbeit sowie zur Intensivierung und Verbesserung aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen unternommen. Diese Bemühungen müssen noch durch Reformen des Sozialleistungssystems begleitet werden, so dass Letzteres die Aktivierungsprogramme aktiv stützt und beschäftigungsfreundlichere Strukturen schafft. In Anbetracht dessen sollte Finnland folgenden Zielen hohe Priorität einräumen:

i) Überprüfung des Gesamtsystems der Sozialleistungen, um die Vermittelbarkeit der Arbeitskräfte zu erhöhen, die Arbeitsplatzsuche wirksamer zu machen und ausreichende Anreize zur Annahme eines Arbeitsplatzangebotes und zum Verbleib in der Erwerbsbevölkerung zu bieten; und

ii) Fortführung der jüngsten Bemühungen zur Verringerung der Abgabenbelastung der Arbeit, insbesondere des effektiven Grenzsteuersatzes für Niedriglöhne.

14 SCHWEDEN

Das Wachstum der schwedischen Wirtschaft dürfte auch im Jahre 2000 erheblich über dem Trend liegen, getragen sowohl durch eine anhaltend kräftige Binnennachfrageentwicklung als auch durch eine kräftige Ausfuhrtätigkeit. Aufgrund der lebhaften Nachfrage, bei gleichzeitig geringem Inflationsdruck, steht zu erwarten, dass die Beschäftigung im Laufe des Jahres weiter zunimmt und die Arbeitslosigkeit sich verringert. Allerdings könnte es in einigen Sektoren zu Angebotsengpässen und damit zu einem Aufwärtsdruck auf die Preise kommen, nicht zuletzt aufgrund der angespannteren Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Haushaltspolitik

Im Jahr 1999 blieb der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss mit 1,9 % auf demselben Stand wie 1998. Gemäß dem aktualisierten Konvergenzprogramm werden fortgesetzte Haushaltsüberschüsse von mindestens 2 % des BIP für das Jahr 2000 und darüber hinaus angestrebt. Dies wäre das Ergebnis einer weiterhin strengen Ausgabenkontrolle, die zugleich eine Verringerung des Verhältnisses von Staatseinnahmen zum BIP erlauben würde. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) Straffung der Haushaltspolitik, da der seit 1999 eingeschlagene finanzpolitische Kurs bei dem derzeitigen hohen Wachstum zu expansiv werden könnte;

ii) Beibehalten einer — für die Haushaltsperspektiven entscheidend wichtigen — straffen Kontrolle der Ausgaben dieses und nächstes Jahr, so dass die Staatsquote weiter abnimmt; und

iii) weitere Verringerung der Abgabenbelastung, die trotz der Steuersenkungen im Jahr 2000 hoch bleibt. Der Umfang und das Tempo weiterer Steuersenkungen sollten an dem übergeordneten Ziel der zu wahrenden Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Beibehaltung einer gesamtwirtschaftlich wohlausgewogenen Mittelkombination (Policy-mix) ausgerichtet sein.

Produktmärkte

Die schwedische Wirtschaft ist immer stärker in die Märkte der Gemeinschaft integriert; bei der Umsetzung der Binnenmarktvorschriften hat Schweden ausgezeichnete Ergebnisse aufzuweisen. Der Umfang der staatlichen Beihilfen ist niedrig; bei den Aufwendungen für FuE liegt Schweden in der EU auf einem der vordersten Ränge; es wurden erhebliche Anstrengungen zur Deregulierung netzgebundener Wirtschaftszweige unternommen. Allerdings besteht Spielraum zu Verbesserungen mit Blick auf die Preise und die Produktivität der schwedischen Wirtschaft, wenn das Problem des in einigen Sektoren unzureichenden Wettbewerbs gelöst wird. In Anbetracht dessen sollte Schweden Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Fortsetzung der Bemühungen um einen Abbau von Regelungen, die den Wettbewerb im Einzelhandel, der Bauwirtschaft und der Arzneimittelbranche behindern oder einschränken, auch wenn es grundsätzlich schwierig ist, in einem Land mit vielen dünnbesiedelten Regionen vollständigen Wettbewerb zu erreichen; Ermächtigung — wie zur Zeit von der Regierung geplant — der Wettbewerbsbehörde zur Durchsetzung der Artikel 81 und 82 des EG-Vertrags;

ii) Fortsetzung der Bemühungen um die Verbesserung des Wettbewerbs im Bahn- und Luftverkehr und

iii) entschlossene Fortführung der laufenden Initiativen zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen.

Kapitalmärkte

Der schwedische Kapitalmarkt zeichnet sich durch rasche Globalisierung, technologischen Wandel und Anstieg der Wagniskapitalanlagen aus. Der Wagniskapitalmarkt ist aktiv. Nachdem er zunächst aus einer Handvoll staatlicher Akteure bestand, gehört nunmehr eine erhebliche Anzahl von Privaten zum Teilnehmerkreis. Unternehmen in ihrer frühen Markteinführungsphase und Unternehmen außerhalb der Wachstumsbranchen haben jedoch nach wie vor Finanzierungsprobleme. In Anbetracht dessen sollte Schweden Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) weitere Bemühungen zur Erleichterung der Risikokapitalfinanzierung, vor allem für kleinere Unternehmen außerhalb der Hightech-Branchen; Berücksichtigung der in der Risikokapitalmitteilung von Oktober 1999 aufgeführten empfehlenswerten Verfahren im Steuerbereich und bei der Förderung innovativer Arbeitnehmerbeteiligungsregelungen.

Arbeitsmärkte

1999 begann sich die Arbeitsmarktlage deutlich zu verbessern; die Erwerbstätigenquote — und insbesondere die der Frauen — ist eine der höchsten in der EU. Trotz der bereits ergriffenen Maßnahmen wird der Faktor Arbeit immer noch sehr hoch besteuert, und es werden großzügige Sozialleistungen gewährt. Die schwedische Regierung konzentriert ihre Arbeitsmarktpolitik in geeigneter Weise auf die Verbesserung des Humankapitals. Durch die gegenwärtige Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktprogramme dürfte sich deren Effizienz erhöhen, wobei es allerdings weiter wichtig ist, die Programme eng auf derzeitige und potentielle Langzeitarbeitslose sowie auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts auszurichten. In Anbetracht dessen sollte Schweden Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung der hohen Abgabenbelastung von Arbeitseinkommen, insbesondere für Arbeitnehmer mit niedrigem Nettolohn; und

ii) weitere Anpassung der Sozialversicherungsleistungs- und Sozialhilferegelungen im Sinne klarerer Anspruchsvoraussetzungen, einer Begrenzung der Leistungsdauer durch eine aktivierende Politik, einer Stärkung der Verwaltung und der Sicherstellung von effizienten Anreizen zur Annahme von Arbeit.

15 VEREINIGTES KÖNIGREICH

Nachdem das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich 1999 die Erwartungen übertraf, wird für das Jahr 2000 mit einem noch kräftigeren, über dem Trend liegenden Wachstum gerechnet, und zwar ohne größere inflationäre Spannungen. Der Arbeitsmarkt dürfte sich weiterhin gut entwickeln; während sich bei der Lohnentwicklung eine gewisse Beschleunigung abzeichnet, dürften die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Verbesserung der Anreize zur Arbeitsaufnahme die Gefahr verringern, dass das Wachstum größere Spannungen auf dem Arbeitsmarkt hervorruft.

Haushaltspolitik

Die öffentlichen Finanzen wiesen 1999 einen Haushaltsüberschuss von 1,2 % des BIP auf. Die Regierung erwartet nun einen Haushaltsüberschuss von 1,3 % des BIP für das Finanzjahr 1999/2000 verglichen mit 0,3 % des BIP, wie im aktualisierten Konvergenzprogramm projiziert. Nach dem im März angekündigten Haushaltsplan erhöhen sich die Staatsausgaben in einigen Bereichen; es bestehen auch Pläne für das Anheben, im weiteren Maße als ursprünglich angekündigt, des derzeit niedrigen Anteils öffentlicher Investitionen am BIP. Trotzdem wird erwartet, dass die Finanzen 2000/2001 weiterhin einen komfortablen Überschuss erzielen. In Anbetracht dessen sollte sich die Haushaltspolitik als Ziel vornehmen:

i) in etwa Aufrechterhalten der Lage der öffentlichen Finanzen gemäß dem Konvergenzprogramm, in Würdigung der zyklischen Entwicklung der Wirtschaft; dabei ist sicherzustellen, dass Pläne für neue Ausgaben oder Abgaben mit diesem Ziel vereinbar sind; und

ii) Fortsetzen der Maßnahmen zur erheblichen Erhöhung des Verhältnisses Anlageinvestitionen des Staates zu BIP, bei strikter Kontrolle der Gesamtausgaben des Staates.

Produktmärkte

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ist sehr stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Liberalisierung der Waren- und Dienstleistungsmärkte ist im Vereinigten Königreich in vieler Hinsicht weiter gediehen als in den anderen Mitgliedstaaten. Aber es gibt immer noch Probleme, vor allem im Verkehrswesen. Trotz einschneidender Reformen zur Verbesserung der Funktionsweise der Produktmärkte steht das Vereinigte Königreich vor einem ernsten Problem niedriger Produktivität. Schrumpfende FuE-Ausgaben und abnehmende Innovationsintensität können hierbei eine Rolle spielen. Auch die mangelnde Fähigkeit der KMU, ein stetiges Wachstum zu erzielen, und der Mangel an bestimmten Fachkräften bieten Anlass zur Besorgnis. In Anbetracht dessen sollte das Vereinigte Königreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Beobachtung und gegebenenfalls Verstärkung der Wirksamkeit der Maßnahmen, die ergriffen oder angekündigt worden sind, um die Probleme der nachlassenden FuE-Anstrengungen, der niedrigen Innovationsintensität, der Knappheit von Arbeitskräften mit bestimmten Qualifikationen und der hohen Konkursquote bei KMU anzugehen; und

ii) Entwicklung eines langfristigen Plans für das Verkehrswesen, um die Probleme der Straßennetzüberlastung, der unzureichenden Eisenbahninvestitionen und des schlechten Leistungsniveaus im öffentlichen Nahverkehr anzugehen.

Kapitalmärkte

Das Vereinigte Königreich verfügt über reife und wettbewerbsorientierte Kapitalmärkte, und es sind verschiedene Initiativen zur Entwicklung der Wagniskapitalmärkte im Gange. Das Volumen der Wagniskapitalanlagen in Unternehmen, die sich in der Markteinführungsphase befinden, ist jedoch nach wie vor gering im Vergleich zu Anlagen in Management buy-ins und buy-outs. Des Weiteren ist festzustellen, dass Pensionsfonds in diesem Bereich immer noch wenig investieren, obwohl ihre Risikokapitalanlagen nicht durch quantitative Finanzaufsichtsregeln eingeschränkt sind. Aufgrund dessen sollte das Vereinigte Königreich folgenden Zielen hohe Priorität einräumen:

i) Untersuchung der Gründe dafür, dass Pensionsfonds kaum Risikokapitalanlagen vornehmen, obwohl es keine entsprechenden quantitativen aufsichtsrechtlichen Restriktionen gibt, und Förderung derartiger Anlagen. Dies wird einer der Bereiche sein, die im Rahmen der Untersuchung betreffend die institutionellen Anleger unter der Federführung von Herrn Myners geprüft werden sollen.

Arbeitsmärkte

Das Vereinigte Königreich hat in den letzten Jahren die besten Arbeitsmarktergebnisse in der EU vorzuweisen. Mit den jüngsten Reformen wurde das „welfare-to-work"-Konzept intensiviert und ausgeweitet. Durch Reformen des Abgaben- und Sozialleistungssystems wurden der Grenzsteuersatz für Niedriglohnempfänger gesenkt und gleichzeitig Steuerabschläge bei Erwerbstätigkeit für Familien und Behinderte gewährt. Es wurde eine Strategie zur Verbesserung der Kinderbetreuung aufgestellt. Verschiedene Maßnahmen wurden speziell für Ortschaften und Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit ergriffen. Bei insgesamt guten Ergebnissen besteht trotz alledem das große Problem der Ballung der Arbeitslosigkeit — und dabei handelt es sich in hohem Maße um Langzeitarbeitslosigkeit — in bestimmten Gebieten. In Anbetracht dessen sollte das Vereinigte Königreich Folgendem hohe Priorität einräumen:

i) Bewältigung des Problems der Ballung der Arbeitslosigkeit in wirtschaftsschwachen Gebieten und Gemeinden durch Bemühungen, den Anteil der Haushalte, in denen niemand erwerbstätig ist, zu verringern; und Ausbau der Präventivstrategie gegen Langzeitarbeitslosigkeit, so dass, wie in den Beschäftigungsleitlinien angeregt, erwachsene Arbeitslose innerhalb von zwölf Monaten die Chance eines Neuanfangs erhalten.

Geschehen zu Santa Maria da Feira am 19. Juni 2000.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. PINA MOURA